



Beschluss-Protokoll

der 35. bis 37. Sitzung, Amtsjahr 2019-2020

Mittwoch, den 20. November 2019, um 09:00 Uhr, 15:00 Uhr und 20:00 Uhr.

Vorsitz: *Dr. Heiner Vischer, Grossratspräsident*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin

Abwesende:

20. November 2019, 09:00 Uhr 35. Sitzung *René Häfliger (LDP), Danielle Kaufmann (SP), Stephan Mumenthaler (FDP).*

20. November 2019, 15:00 Uhr 36. Sitzung *Christophe Haller (FDP), René Häfliger (LDP), Danielle Kaufmann (SP), Stephan Mumenthaler (FDP).*

20. November 2019, 20:00 Uhr 37. Sitzung *René Häfliger (LDP), Roland Lindner (SVP), Christian Moesch (FDP), Stephan Mumenthaler (FDP).*

Verhandlungsgegenstände:

Mitteilung zur heutigen Sitzung	3
12. Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für das Universitäts-Kinderspital beider Basel (IGPK UKBB) zur Information über die Rechnung 2018	3
17. Motion 10	4
18. Anzüge 1 - 44	4
19. Schreiben des Ratsbüros zum Anzug Barbara Wegmann und Konsorten betreffend Stellvertretungssystem bei Elternschaft	21
20. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sebastian Kölliker und Konsorten betreffend Nutzung der Plaza im Kasernenhauptbau	21
21. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Jo Vergeat und Konsorten betreffend aktives Stimm- und Wahlrecht für 16-Jährige	21
22. Beantwortung der Interpellation Nr. 115 David Wüest-Rudin betreffend türkischem Passenzug und allgemein Bedrohungen für Migranten/-innen sowie Secondos/-as durch diktatorische Herkunftsländer und eigene Landsleute	22
23. Beantwortung der Interpellation Nr. 54 Jürg Meyer betreffend Bedrohung von Gesundheit und Umwelt, bedingt durch die Einführung des Mobilfunkstandards 5G	22
24. Beantwortung der Interpellation Nr. 68 François Bocherens betreffend Rückkehr des Lachses	22
25. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Solardachpflicht auf öffentlichen Gebäuden	23
26. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Jo Vergeat und Konsorten betreffend Einführung einer Klimafolgenabschätzung für klimarelevante Geschäfte im Grossen Rat	23
27. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Massnahmenplan zur Klimaanpassung	24

28.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Aeneas Wanner und Konsorten betreffend Anpassung der Zielsetzungen des Energiegesetzes an das Pariser Klimaabkommen	25
29.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Danielle Kaufmann und Konsorten betreffend Basel pro Klima: Pariser Klimaabkommen einhalten	26
30.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend die Vermeidung von nicht amortisierbaren Investitionen und einen geordneten Ausstieg aus der fossilen Wärmeversorgung durch die IWB bis 2050 (Dekarbonisierung)	27
31.	Stellungnahme des Regierungsrates zum Antrag Harald Friedl und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend der Abgabe auf Flugtickets sowie dem Engagement für eine internationale Kerosinsteuer	27
32.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend einer finanziellen Belastung des CO ₂ -Ausstosses des Flugverkehrs am Euroairport via Flughafentaxe	28
33.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend Lärm- und Klimaschutz durch gute Zugverbindungen	28
34.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend eine Abfallvermeidungsstrategie, einer Einführung geschlossener und funktionierender Recycling-Kreisläufe und eines Plastikverbots im Kanton Basel-Stadt - die Zweite	29
35.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Kanton Basel-Stadt: TiSA freie Zone!	30
	Anhang A: Abstimmungsergebnisse	33
	Anhang C: Neue Vorstösse	41

Beginn der 35. Sitzung

Mittwoch, 20. November 2019, 09:00 Uhr

Mitteilung zur heutigen Sitzung

[20.11.19 09:00:24]

Heiner Vischer, Grossratspräsident: Tanja Soland hat heute ihren letzten Sitzungstag im Grossen Rat.

Tanja Soland ist seit dem 1.2.2006 Mitglied des Grossen Rates. Sie war von 2006 – 2013 Mitglied der Wahlvorbereitungskommission, von 2009 – 2011 Präsidentin der SpezKo „Regeln für Bestellung von Kommissionen“, von 2011 – 2013 Mitglied der Wirtschafts- und Abgabekommission von 2011 – 2013 Mitglied der IGPK Schweizer Rheinhäfen und seit 2013 Mitglied der Finanzkommission, von 2007 – 2011 war sie Mitglied der JSSK und dann ab 2013 amtet Sie als Präsidentin der JSSK.

Mit Tanja Soland tritt nun eine sehr erfahrene Grossrätin von ihrem Amt zurück.

Ich danke ihr an dieser Stelle herzlich für die dem Staat in diversen Funktionen geleisteten Dienste und freue mich, dass wir Tanja Soland ab dem Februar 2020 wieder hier im Saal als Regierungsrätin sehen werden.

[Applaus]

Tanja Soland spendiert aus diesem Anlass spendiert heute Morgen den Kaffee. Im Namen des Grossen Rates danke ich Tanja Soland für diese nette Geste.

[Applaus]

12. Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für das Universitäts-Kinderspital beider Basel (IGPK UKBB) zur Information über die Rechnung 2018

[20.11.19 09:01:50, IGPK UKBB, GD, 19.0515.02, BER]

Die Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (IGPK UKBB) beantragt mit ihrem Bericht 19.0515.02 der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Dies ist ein partnerschaftliches Geschäft. Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft hat dem Bericht in seiner Sitzung vom 14. November 2019 zugestimmt.

Voten: *Felix Eymann, Präsident IGPK UKBB; RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD; Michael Koechlin (LDP)*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetz auf das Geschäft ein.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 1136, 20.11.19 09:23:36]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Bericht der IGPK UKBB zur Information des Regierungsrates über die Rechnung 2018 des

Universitäts-Kinderspitals beider Basel wird gemäss § 11 Abs. 5 lit. a und b des Staatsvertrags über das Universitäts-Kinderspital beider Basel (Kinderspitalvertrag) vom 22. Januar 2013 zur Kenntnis genommen. Dieser Beschluss ist zu publizieren.

17. Motion 10

[20.11.19 09:23:50]

10. Motion Joël Thüring betreffend kein Rückkauf von Messehallen mit Steuergeldern

[20.11.19 09:23:50, 19.5458.01, NMN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion 19.5458 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *RR Eva Herzog, Vorsteherin FD; Oliver Bolliger (GB)*

Zwischenfrage

Voten: *Pascal Messerli (SVP); Oliver Bolliger (GB)*

Voten: *David Wüest-Rudin (fraktionslos); Joël Thüring (SVP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

15 Ja, 77 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 1137, 20.11.19 09:39:19]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion **abzulehnen**.

Die Motion 19.5458 ist **erledigt**.

18. Anzüge 1 - 44

[20.11.19 09:39:35]

1. Anzug Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend Einsetzung einer Spezialkommission des Grossen Rates zum Klimaschutz

[20.11.19 09:39:35, 19.5266.01]

Dieser Anzug richtet sich direkt an den Grossen Rat.

Joël Thüring (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Raoul Furlano (LDP)*

Zwischenfrage

Voten: *Joël Thüring (SVP); Raoul Furlano (LDP)*

Voten: *Lisa Mathys (SP); Jo Vergeat (GB)*

Zwischenfrage

Voten: *Joël Thüring (SVP); Jo Vergeat (GB)*

Voten: *Jürg Stöcklin (GB)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung an eine neu zu bildende Spezialkommission, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

76 Ja, 16 Nein, 1 Enthaltung. [*Abstimmung # 1138, 20.11.19 09:57:46*]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 19.5266 einzutreten und ihn der neu zu bildenden Spezialkommission zu **überweisen**.
Das Ratsbüro wird sich zur Bildung der Spezialkommission mit den Fraktionen in Verbindung setzen.

2. Anzug Sibylle Benz und Konsorten betreffend die Schaffung eines Quartiertreffs oder Quartierzentrums im Gundeldingerquartier

[20.11.19 09:58:08, PD, 19.5289.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5289 entgegenzunehmen.

Erich Bucher (FDP): beantragt Nichtüberweisung.

Sibylle Benz (SP): zieht den Anzug zurück.

Der Grosse Rat beschliesst

der Anzug wurde **zurückgezogen**.

Der Anzug 19.5289 ist **erledigt**.

3. Anzug Martina Bernasconi und Konsorten betreffend Wasserstofftankstellen

[20.11.19 10:00:34]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5290 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 19.5290 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

4. Anzug Joël Thüring betreffend BVB-Kundenaktion zur Rückerlangung von Sympathie und Vertrauen in das Unternehmen

[20.11.19 10:00:44, BVD, 19.5291.01, NAN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 19.5291 entgegenzunehmen.

Voten: *Jörg Vitelli (SP); Joël Thüring (SVP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

15 Ja, 78 Nein. [*Abstimmung # 1139, 20.11.19 10:07:20*]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 19.5291 ist **erledigt**.

5. Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend einer Velounterführung vom Hexenweglein zum Peter Merian- Weg

[20.11.19 10:07:41, BVD, 19.5292.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5292 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 19.5292 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

6. Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend Verbesserung der Veloverbindungen vom "Gundeli" in die Innerstadt

[20.11.19 10:07:58, BVD, 19.5293.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5293 entgegenzunehmen.

Thomas Mury (LDP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Jérôme Thiriet (GB); Oswald Inglin (CVP/EVP); RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher BVD; Jörg Vitelli (SP); Tim Cuénod (SP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

64 Ja, 28 Nein, 2 Enthaltungen. [*Abstimmung # 1140, 20.11.19 10:22:17*]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 19.5293 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

7. Anzug Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Abzug von geleisteten Unterhaltsbeiträgen an volljährige Kinder bei den Steuern

[20.11.19 10:22:32, FD, 19.5294.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5294 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 19.5294 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

8. Anzug Andreas Zappalà und Konsorten betreffend Aufbereitungsplätze für Bauabfälle

[20.11.19 10:23:11, FD, 19.5295.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5295 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 19.5295 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

9. Anzug Beatrice Messerli und Konsorten betreffend Modul zu gendergerechtem Unterricht in der Ausbildung für Lehrpersonen

[20.11.19 10:23:36, ED, 19.5296.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5296 entgegenzunehmen.

Catherine Alioth (LDP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Alexander Gröflin (SVP); Claudio Miozzari (SP); Tonja Zürcher (GB)*

Zwischenfrage

Voten: *Patrick Hafner (SVP); Tonja Zürcher (GB)*

Voten: *Beatrice Messerli (GB)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 44 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 1141, 20.11.19 10:38:39]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 19.5296 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

10. Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend Chance für eine regionale Leuchtturm-Zusammenarbeit? Batterie- und H2-Brennstoffzellen-Antrieb

[20.11.19 10:38:52, WSU, 19.5299.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5299 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 19.5299 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

11. Anzug Beat Leuthardt und Konsorten betreffend Joggeli und FCB-Match-Abtransporte. Verbesserung der Tram-Gleisanlagen anstelle der neu geplanten Verschlechterungen

[20.11.19 10:39:34, 19.5300.01]

Der Anzug richtet sich an die UVEK

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 19.5300 einzutreten und ihn der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zu **überweisen**.

12. Anzug Beatrice Isler und Konsorten betreffend geplante Obsoleszenz

[20.11.19 10:40:03, PD, 19.5313.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5313 entgegenzunehmen.

Patrick Hafner (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Beatrice Isler (CVP/EVP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 27 Nein. [Abstimmung # 1142, 20.11.19 10:42:58]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 19.5313 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

13. Anzug Katja Christ und Konsorten betreffend Smart City Stadtmöblierung mit Solarbänken und – tischen

[20.11.19 10:43:10, BVD, 19.5321.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5321 entgegenzunehmen.

Stephan Schiesser (LDP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Stefan Wittlin (SP); Katja Christ (fraktionslos)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

58 Ja, 32 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 1143, 20.11.19 10:51:21]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 19.5321 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

14. Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend Verlängerung Tagesöffnungszeiten öffentlicher Gartenbäder

[20.11.19 10:51:35, ED, 19.5318.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5318 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 19.5318 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

15. Anzug Sarah Wyss betreffend Quartiertreffpunkt im Quartier behalten

[20.11.19 10:51:59, BVD, 19.5342.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5342 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 19.5342 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

16. Anzug Sarah Wyss und Konsorten betreffend Verbesserung der Situation der pflegenden Angehörigen

[20.11.19 10:52:26, GD, 19.5365.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5365 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 19.5365 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

17. Anzug Elisabeth Andrea Knellwolf und Konsorten betreffend Ergänzung der Prävention gegen Littering etc. durch Anpassung der Bussen

[20.11.19 10:52:45, JSD, 19.5372.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5372 entgegenzunehmen.

Joël Thüring (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Lisa Mathys (SP); Andrea Elisabeth Knellwolf (CVP/EVP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

12 Ja, 82 Nein. [*Abstimmung # 1144, 20.11.19 11:00:11*]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 19.5372 ist **erledigt**.

18. Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Unterstützung für ein Mehrgenerationen-Palliativzentrum in der Region Basel

[20.11.19 11:00:29, 19.5380.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5380 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 19.5380 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

19. Anzug Remo Gallacchi und Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend Bus statt Tram in Randzeiten zur Vermeidung von zu starker Abnutzung der Tramschienen

[20.11.19 11:00:55, 19.5385.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5385 entgegenzunehmen.

Roland Stalder (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Peter Bochsler (FDP); André Auderset (LDP); Toya Krummenacher (SP); Patrick Hafner (SVP); Beat Leuthardt (GB); Joël Thüring (SVP); Jörg Vitelli (SP); Remo Gallacchi (CVP/EVP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

22 Ja, 72 Nein. [Abstimmung # 1145, 20.11.19 11:24:11]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 19.5385 ist **erledigt**.

20. Anzug Remo Gallacchi und Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend Wiedereingliederung der BVB-Infrastruktur in die Kantonsverwaltung und Ausschreibung des Leistungsauftrags für den Fahrbetrieb

[20.11.19 11:24:19, 19.5384.01, NAN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 19.5384 entgegenzunehmen.

Michael Koechlin (LDP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *David Jenny (FDP); Toya Krummenacher (SP); Pascal Messerli (SVP); Remo Gallacchi (CVP/EVP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

7 Ja, 85 Nein. [Abstimmung # 1146, 20.11.19 11:35:37]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 19.5384 ist **erledigt**.

21. Anzug Andrea Elisabeth Knellwolf und Remo Gallacchi betreffend technologieoffene Gesamtplanung "Öffentlicher Verkehr" (ÖV)

[20.11.19 11:35:51, 19.5383.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5383 entgegenzunehmen.

Jörg Vitelli (SP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Beat Leuthardt (GB); Patrick Hafner (SVP); Andrea Elisabeth Knellwolf (CVP/EVP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

34 Ja, 58 Nein. [Abstimmung # 1147, 20.11.19 11:49:39]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 19.5383 ist **erledigt**.

22. Anzug Andrea Elisabeth Knellwolf und Konsorten betreffend Schutz der Akzeptanz für den Veloverkehr durch Identifizierbarkeit von Velos

[20.11.19 11:49:51, 19.5398.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5398 entgegenzunehmen.

Stefan Wittlin (SP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Beatrice Isler (CVP/EVP)*

Zwischenfrage

Voten: *Thomas Gander (SP); Beatrice Isler (CVP/EVP)*

Voten: *Jérôme Thiriet (GB); Andrea Elisabeth Knellwolf (CVP/EVP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

21 Ja, 63 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 1148, 20.11.19 12:02:27]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 19.5398 ist **erledigt**.

Schluss der 35. Sitzung

12:02 Uhr

Beginn der 36. Sitzung

Mittwoch, 20. November 2019, 15:00 Uhr

Heiner Vischer, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung und habe vorerst folgende Mitteilung zu machen:

Rücktritt

Remo Gallacchi hat als Mitglied des Grossen Rates auf den 31. Januar 2020 den Rücktritt erklärt. Wir werden Remo Gallacchi an seiner letzten Sitzung im Januar gebührend verabschieden.

23. Anzug Andrea Elisabeth Knellwolf und Konsorten betreffend Verbesserung der Sicherheit im Strassenbereich Nähe Endstation Tram 8 Neuweilerstrasse

[20.11.19 15:00:53, 19.5399.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5399 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 19.5399 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

24. Anzug Remo Gallacchi und Konsorten betreffend ein System und eine Plattform für den ganzen Kanton Basel-Stadt

[20.11.19 15:01:29, 19.5400.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5400 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 19.5400 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

25. Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend finanzielles Risiko des IWB-Erdgas-Netzes

[20.11.19 15:01:55, 19.5401.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5401 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 19.5401 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

26. Anzug Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend Kampf gegen sexuelle Ausbeutung: Aufklärungs- und Präventionsmassnahmen in Schulen und für Eltern zur Loverboy-Problematik

[20.11.19 15:02:22, 19.5408.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5408 entgegenzunehmen.

Catherine Alioth (LDP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Thomas Widmer-Huber (CVP/EVP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 19 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 1149, 20.11.19 15:07:42]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 19.5408 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

27. Anzug Sarah Wyss und Thomas Gander betreffend bessere Submissionsverfahren

[20.11.19 15:07:54]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5419 entgegenzunehmen.

David Jenny (FDP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Oliver Bolliger (GB); Thomas Gander (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *David Jenny (FDP); Thomas Gander (SP)*

Voten: *Heinrich Ueberwasser (SVP); Sarah Wyss (SP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

53 Ja, 39 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 1150, 20.11.19 15:21:58]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 19.5419 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

28. Anzug Beatrice Isler und Konsorten betreffend gleich lange Spiesse für Entwicklungen von Wohn- und Arbeitsflächen

[20.11.19 15:22:15, 19.5422.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5422 entgegenzunehmen.

Beda Baumgartner (SP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Beat K. Schaller (SVP); Jeremy Stephenson (LDP); Beat Leuthardt (GB); Andreas Zappalà (FDP)*

Zwischenfrage

Voten: *Jürg Meyer (SP); Andreas Zappalà (FDP)*

Voten: *Pascal Pfister (SP); René Brigger (SP); Beatrice Isler (CVP/EVP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

39 Ja, 54 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 1151, 20.11.19 15:46:29]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 19.5423 ist **erledigt**.

29. Anzug Kerstin Wenk und Konsorten betreffend Theaterplatz Basel

[20.11.19 15:46:44, 19.5423.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5423 entgegenzunehmen.

Felix Wehrli (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Claudio Miozzari (SP); Oliver Bolliger (GB); Andreas Zappalà (FDP); Kerstin Wenk (SP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 40 Nein. [Abstimmung # 1152, 20.11.19 15:58:29]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 19.5423 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

30. Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend mehr männliche Betreuungs- und Lehrpersonen in Basler Kitas, Tagesstrukturen, Kindergärten und Primarschulen

[20.11.19 15:58:43, 19.5424.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5424 entgegenzunehmen.

Pascal Messerli (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Kerstin Wenk (SP); Joël Thüring (SVP)*

Zwischenfrage

Voten: *Franziska Roth-Bräm (SP); Joël Thüring (SVP)*

Voten: *Claudio Miozzari (SP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

82 Ja, 8 Nein, 2 Enthaltungen. [*Abstimmung # 1153, 20.11.19 16:08:55*]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 19.5424 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

31. Anzug Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend Löschung der H318 Achse Aeussere Baselstrasse – Baselstrasse – Lörracherstrasse aus dem Anhang 1 der eidgenössischen Durchgangsstrassen-Verordnung mit dem Ziel, die Umfahrung von Riehen über die Zollfreie Strasse zu gewährleisten

[20.11.19 16:09:09, 19.5425.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5425 entgegenzunehmen.

Eduard Rutschmann (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Thomas Widmer-Huber (CVP/EVP)*

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

64 Ja, 24 Nein, 1 Enthaltung. [*Abstimmung # 1154, 20.11.19 16:13:26*]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 19.5425 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

32. Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Velodiebstähle im Kanton Basel-Stadt

[20.11.19 16:13:44, 19.5426.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5426 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 19.5426 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

33. Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Schaffung eines Bio-Stadt-Labels

[20.11.19 16:14:08, 19.5427.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5427 entgegenzunehmen.

Beat K. Schaller (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Jean-Luc Perret (SP); Thomas Mury (LDP); Jérôme Thiriet (GB)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 41 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 1155, 20.11.19 16:24:33]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 19.5427 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

34. Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Lastenveloparkplätze

[20.11.19 16:24:51, 19.5428.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5428 entgegenzunehmen.

Daniela Stumpf (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Claudio Miozzari (SP); Jérôme Thiriet (GB)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 32 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 1156, 20.11.19 16:29:04]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 19.5428 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

35. Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Prüfung einer Aufhebung von Tram- und Bushaltestellen zur Attraktivitätssteigerung eines schnelleren Tram- und Busnetzes in Basel-Stadt

[20.11.19 16:29:18, 19.5429.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5429 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 19.5429 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

36. Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend der Auswahl von Marktfahrenden auf dem Marktplatz

[20.11.19 16:29:48, 19.5430.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5430 entgegenzunehmen.

Daniela Stumpf (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *François Bocherens (LDP); Alexandra Dill (SP); Christian Griss (CVP/EVP); Jürg Stöcklin (GB)*

Zwischenfragen

Voten: *Joël Thüring (SVP); Jürg Stöcklin (GB); David Jenny (FDP); Jürg Stöcklin (GB)*

Voten: *Eduard Rutschmann (SVP); Thomas Grossenbacher (GB)*

Zwischenfrage

Voten: *David Jenny (FDP); Thomas Grossenbacher (GB)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

44 Ja, 42 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 1157, 20.11.19 16:44:48]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 19.5430 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

37. Anzug Jo Vergeat und Konsorten betreffend Schaffung von Lebensmittelanbauflächen in den Quartieren

[20.11.19 16:45:05]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5431 entgegenzunehmen.

Joël Thüring (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Toya Krummenacher (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *Joël Thüring (SVP); Toya Krummenacher (SP)*

Voten: *Thomas Mury (LDP)*

Zwischenfrage

Voten: *Jürg Meyer (SP); Thomas Mury (LDP)*

Voten: *Tonja Zürcher (GB); David Wüest-Rudin (fraktionslos); Jo Vergeat (GB)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 40 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 1158, 20.11.19 17:06:22]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 19.5431 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

38. Anzug Michelle Lachenmeier und Konsorten betreffend Förderung von Anbieter*innen regionaler und biologischer Produkte auf Allmend

[20.11.19 17:06:36, 19.5438.01, NAN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 19.5438 entgegenzunehmen.

Joël Thüring (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Alexandra Dill (SP); Michelle Lachenmeier (GB)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

18 Ja, 71 Nein. [Abstimmung # 1159, 20.11.19 17:14:25]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 19.5438 ist **erledigt**.

39. Anzug Alexander Gröflin und Konsorten betreffend Eindämmung der E-Scooter-Flut in Basel

[20.11.19 17:14:47, 19.5439.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5439 entgegenzunehmen.

Martina Bernasconi (FDP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Alexander Gröflin (SVP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

72 Ja, 12 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 1160, 20.11.19 17:18:28]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 19.5439 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

40. Anzug Barbara Wegmann und Konsorten betreffend keine Werbung für besonders klimaschädliche Produkte und Dienstleistungen auf der Allmend

[20.11.19 17:18:52, 19.5440.01, NAN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 19.5440 entgegenzunehmen.

Voten: *Joël Thüring (SVP); Michela Seggiani (SP); Harald Friedl (GB); Barbara Wegmann (GB)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

13 Ja, 73 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 1161, 20.11.19 17:31:43]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 19.5440 ist **erledigt**.

41. Anzug Esther Keller und Konsorten betreffend Pilotprojekt „Smart Voting“: Demokratie 2.0

[20.11.19 17:31:56, 19.5441.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5441 entgegenzunehmen.

André Auderset (LDP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Luca Urgese (FDP); Alexander Gröflin (SVP); Pascal Messerli (SVP); Jérôme Thiriet (GB); David Jenny (FDP); Esther Keller (fraktionslos)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 38 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 1162, 20.11.19 17:50:57]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 19.5441 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

42. Anzug Toya Krummenacher und Konsorten betreffend Präventionskampagne «Plastik im Rhein reduzieren»

[20.11.19 17:51:11, 19.5442.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5442 entgegenzunehmen.

Daniela Stumpf (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Thomas Mury (LDP); Barbara Wegmann (GB); Christian Griss (CVP/EVP); Toya Krummenacher (SP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 26 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 1163, 20.11.19 18:01:41]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 19.5442 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

Schluss der 36. Sitzung

18:01 Uhr

Beginn der 37. Sitzung

Mittwoch, 20. November 2019, 20:00 Uhr

43. Anzug Harald Friedl und Konsorten betreffend Erlangung des Knospe-Labels für Basel-Stadt

[20.11.19 20:00:18, 19.5443.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5443 entgegenzunehmen.

Pascal Messerli (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Oliver Bolliger (GB); Nicole Amacher (SP); Harald Friedl (GB)*

Zwischenfrage

Voten: *Joël Thüring (SVP); Harald Friedl (GB)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 39 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 1164, 20.11.19 20:13:53]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 19.5443 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**..

44. Anzug Sarah Wyss und Konsorten betreffend Basel liegt am Meer - Unterzeichnung der Genfer Erklärung über Menschenrechte auf See

[20.11.19 20:14:19, 19.5453.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 19.5453 entgegenzunehmen.

Pascal Messerli (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Michela Seggiani (SP); Michael Koechlin (LDP); Sarah Wyss (SP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 41 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 1165, 20.11.19 20:26:00]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 19.5453 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

19. Schreiben des Ratsbüros zum Anzug Barbara Wegmann und Konsorten betreffend Stellvertretungssystem bei Elternschaft

[20.11.19 20:26:15, Rats-büro, 18.5043.02, SAA]

Das Ratsbüro beantragt, den Anzug 18.5043 abzuschreiben.

Voten: *Barbara Wegmann (GB)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 18.5043 ist **erledigt**.

20. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sebastian Kölliker und Konsorten betreffend Nutzung der Plaza im Kasernenhauptbau

[20.11.19 20:29:49, PD, 17.5142.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 17.5142 abzuschreiben.

Voten: *Sebastian Kölliker (SP); Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann, Vorsteherin PD*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 17.5142 ist **erledigt**.

21. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Jo Vergeat und Konsorten betreffend aktives Stimm- und Wahlrecht für 16-Jährige

[20.11.19 20:35:13, PD, 19.5161.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 19.5161 zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Voten: *Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann, Vorsteherin PD*

Pascal Messerli (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Zwischenfrage

Voten: *Jürg Meyer (SP); Pascal Messerli (SVP)*

Voten: *Jeremy Stephenson (LDP); David Jenny (FDP)*

Eventualabstimmung

zur Form der Überweisung (Anzug oder Motion)

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motio

Ergebnis der Abstimmung

44 Ja, 51 Nein. [Abstimmung # 1166, 20.11.19 20:44:56]

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter, die Motion 19.5161 nicht in einen Anzug umzuwandeln.

Abstimmung

zur Überweisung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 43 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 1167, 20.11.19 20:45:55]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion 19.5161 dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage zu **überweisen**.

22. Beantwortung der Interpellation Nr. 115 David Wüest-Rudin betreffend türkischem Passenzug und allgemein Bedrohungen für Migranten/-innen sowie Secondos/-as durch diktatorische Herkunftsländer und eigene Landsleute

[20.11.19 20:46:11, PD, 19.5472.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *David Wüest-Rudin (fraktionslos)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 19.5472 ist **erledigt**.

23. Beantwortung der Interpellation Nr. 54 Jürg Meyer betreffend Bedrohung von Gesundheit und Umwelt, bedingt durch die Einführung des Mobilfunkstandards 5G

[20.11.19 20:51:01, WSU, 19.5216.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Jürg Meyer (SP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 19.5216 ist **erledigt**.

24. Beantwortung der Interpellation Nr. 68 François Bocherens betreffend Rückkehr des Lachses

[20.11.19 20:54:11, WSU, 19.5253.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *François Bocherens (LDP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.
Die Interpellation 19.5253 ist **erledigt**.

25. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Thomas Grossenbacher und Consorten betreffend Solardachpflicht auf öffentlichen Gebäuden

[20.11.19 20:55:12, WSU, 19.5034.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 19.5034 teilweise zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert zwei Jahren

Joël Thüring (SVP): **beantragt Nichtüberweisung**.

Voten: *André Auderset (LDP)*

Stefan Wittlin (SP): beantragt **Überweisung als Motion**.

Voten: *Thomas Grossenbacher (GB)*; *RR Christoph Brutschin, Vorsteher WSU*

Eventualabstimmung

zur Form der Überweisung (Anzug oder Motion)

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 51 Nein. [Abstimmung # 1168, 20.11.19 21:08:16]

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter, die Motion 19.5034 nicht in einen Anzug umzuwandeln.

Abstimmung

zur Überweisung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 41 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 1169, 20.11.19 21:09:05]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion 19.5034 dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage **innert zwei Jahren** zu überweisen.

26. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Jo Vergeat und Consorten betreffend Einführung einer Klimafolgenabschätzung für klimarelevante Geschäfte im Grossen Rat

[20.11.19 21:09:23, WSU, 19.5097.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 19.5097 zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Die Motionäre verlangen eine Umsetzung der Motion innert zwei Jahren.

Raoul Furlano (LDP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Lorenz Amiet (SVP)*

Jo Vergeat (GB): beantragt Überweisung als Motion.

Voten: *David Wüest-Rudin (fraktionslos); RR Christoph Brutschin, Vorsteher WSU*

Eventualabstimmung

zur Form der Überweisung (Anzug oder Motion)

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 48 Nein. [Abstimmung # 1170, 20.11.19 21:21:51]

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter, die Motion 19.5097 nicht in einen Anzug umzuwandeln.

Abstimmung

zur Überweisung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 42 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 1171, 20.11.19 21:22:35]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion 19.5097 dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage **innert 2 Jahren zu überweisen.**

27. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Massnahmenplan zur Klimaanpassung

[20.11.19 21:22:49, WSU, 19.5095.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 19.5095 zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres.

Beat K. Schaller (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Tonja Zürcher (GB); RR Christoph Brutschin, Vorsteher WSU*

Eventualabstimmung

zur Form der Überweisung (Anzug oder Motion)

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 48 Nein. [Abstimmung # 1172, 20.11.19 21:30:24]

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter, die Motion 19.5095 nicht in einen Anzug umzuwandeln.

Abstimmung

zur Überweisung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 42 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 1173, 20.11.19 21:31:12]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion 19.5095 dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage **innert eines Jahres** zu **überweisen**.

28. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Aeneas Wanner und Konsorten betreffend Anpassung der Zielsetzungen des Energiegesetzes an das Pariser Klimaabkommen

[20.11.19 21:31:28, WSU, 19.5094.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 19.5094 zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Lisa Mathys (SP): beantragt **Überweisung als Motion**.

Voten: *Jürg Stöcklin (GB)*

Beat K. Schaller (SVP): beantragt **Nichtüberweisung**.

Voten: *RR Christoph Brutschin, Vorsteher WSU*

Eventualabstimmung

zur Form der Überweisung (Anzug oder Motion)

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 50 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 1174, 20.11.19 21:42:42]

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter, die Motion 19.5094 nicht in einen Anzug umzuwandeln.

Abstimmung

zur Überweisung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 41 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 1175, 20.11.19 21:43:27]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion 19.5094 dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage zu **überweisen**.

29. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Danielle Kaufmann und Konsorten betreffend Basel pro Klima: Pariser Klimaabkommen einhalten

[20.11.19 21:43:41, WSU, 19.5145.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 19.5145 zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Toya Kruppenacher (SP): beantragt **Überweisung als Motion**.

Beat K. Schaller (SVP): beantragt **Nichtüberweisung**.

Eduard Rutschmann (SVP): beantragt **Sitzungsabbruch nach Traktandum 29**.

Voten: *Sarah Wyss (SP)*

Andrea Elisabeth Knellwolf (CVP/EVP): beantragt **keinen Sitzungsabbruch**.

Voten: *RR Christoph Brutschin, Vorsteher WSU*

Eventualabstimmung

zur Form der Überweisung (Anzug oder Motion)

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

40 Ja, 51 Nein. [Abstimmung # 1176, 20.11.19 21:51:44]

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter, die Motion 19.5145 nicht in einen Anzug umzuwandeln.

Abstimmung

zur Überweisung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 40 Nein. [Abstimmung # 1177, 20.11.19 21:52:24]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion 19.5145 dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage zu **überweisen**.

Abstimmung

über den Ordnungsantrag auf Sitzungsabbruch

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

34 Ja, 52 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 1178, 20.11.19 21:53:34]

Der Grosse Rat beschliesst

die Sitzung nicht abubrechen.

30. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend die Vermeidung von nicht amortisierbaren Investitionen und einen geordneten Ausstieg aus der fossilen Wärmeversorgung durch die IWB bis 2050 (Dekarbonisierung)

[20.11.19 21:53:54, WSU, 19.5085.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 19.5085 zulässig ist und beantragt, ihm diese zur Erfüllung zu überweisen.

Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres.

Voten: *Jürg Stöcklin (GB)*

Patrick Hafner (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *RR Christoph Brutschin, Vorsteher WSU*

Abstimmung

zur Überweisung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

54 Ja, 33 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 1179, 20.11.19 21:58:26]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion 19.5085 dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage **innert eines Jahres** zu **überweisen**.

31. Stellungnahme des Regierungsrates zum Antrag Harald Friedl und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend der Abgabe auf Flugtickets sowie dem Engagement für eine internationale Kerosinsteuer

[20.11.19 21:58:42, WSU, 19.5106.02, SSI]

Der Regierungsrat beantragt, die Einreichung einer Standesinitiative in der vom Grossen Rat bereinigten Fassung zu beschliessen und den Antrag 19.5106 als erledigt abzuschreiben.

Lorenz Amiet (SVP): beantragt Nichteinreichung.

Voten: *Kaspar Sutter (SP); Harald Friedl (GB); RR Christoph Brutschin, Vorsteher WSU*

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

53 Ja, 34 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 1180, 20.11.19 22:11:15]

Der Grosse Rat beschliesst

bei den Bundesbehörden eine Standesinitiative betreffend Abgabe auf Flugtickets sowie dem Engagement für eine internationale Kerosinsteuer einzureichen.

Das Geschäft 19.5106 geht an den **Regierungsrat zum Vollzug**.

Der Antrag 19.5106 ist **erledigt**.

32. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend einer finanziellen Belastung des CO₂-Ausstosses des Flugverkehrs am Euroairport via Flughafentaxe

[20.11.19 22:11:28, WSU, 19.5153.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 19.5153 rechtlich teilweise zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Joël Thüring (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *David Wüest-Rudin (fraktionslos); RR Christoph Brutschin, Vorsteher WSU*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion 19.5153 in einen Anzug umzuwandeln.

Abstimmung

zur Überweisung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

54 Ja, 33 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 1181, 20.11.19 22:20:46]

Der Grosse Rat beschliesst

den **Anzug 19.5153** dem Regierungsrat zu **überweisen**.

33. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend Lärm- und Klimaschutz durch gute Zugverbindungen

[20.11.19 22:21:30, WSU, 19.5154.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 19.5154 rechtlich teilweise zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

Raphael Fuhrer (GB): beantragt Überweisung als Anzug.

Voten: *Eduard Rutschmann (SVP)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion 19.5154 in einen Anzug umzuwandeln.

Abstimmung

zur Überweisung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 33 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 1182, 20.11.19 22:26:34]

Der Grosse Rat beschliesst

den **Anzug 19.5154** dem Regierungsrat zu **überweisen**.

Heiner Vischer, Grossratspräsident: beantragt die Sitzung abzubrechen. Thomas Grossenbacher beantragt keinen Sitzungsabbruch.

Abstimmung

über den Ordnungsantrag auf Sitzungsabbruch

JA heisst Sitzungsabbruch, NEIN heisst keinen Sitzungsabbruch.

Ergebnis der Abstimmung

39 Ja, 46 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 1183, 20.11.19 22:27:52]

Der Grosse Rat beschliesst

die Sitzung nicht abzubrechen.

34. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend eine Abfallvermeidungsstrategie, einer Einführung geschlossener und funktionierender Recycling-Kreisläufe und eines Plastikverbots im Kanton Basel-Stadt - die Zweite

[20.11.19 22:28:19, WSU, 19.5189.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 19.5189 rechtlich teilweise zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Die Motionäre verlangen eine Umsetzung bis Mitte 2020.

Thomas Grossenbacher (GB): beantragt **Überweisung als Motion.**

Felix Wehrli (SVP): beantragt **Nichtüberweisung.**

Voten: *RR Christoph Brutschin, Vorsteher WSU*

Eventualabstimmung

zur Form der Überweisung (Anzug oder Motion)

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

36 Ja, 46 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 1184, 20.11.19 22:32:37]

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter, die Motion 19.5189 nicht in einen Anzug umzuwandeln.

Abstimmung

zur Überweisung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 36 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 1185, 20.11.19 22:33:18]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion 19.5189 dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage bis Mitte 2020 zu **überweisen.**

35. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Kanton Basel-Stadt: TiSA freie Zone!

[20.11.19 22:33:37, WSU, 15.5155.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 15.5155 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 15.5155 ist **erledigt**.

Thomas Grossenbacher (GB): beantragt die Sitzung abzubrechen.

Abstimmung

über Sitzungsabbruch.

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 30 Nein, 10 Enthaltungen. [Abstimmung # 1186, 20.11.19 22:35:19]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Sitzung abzubrechen.

Tagesordnung

Die nachfolgenden Geschäfte werden auf die Tagesordnung vom 11./18./19. Dezember vorgetragen:

35. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Kanton Basel-Stadt: TiSA freie Zone!
36. Beantwortung der Interpellation Nr. 77 Heinrich Ueberwasser betreffend wie viel Bürokratie erträgt die regionale Zusammenarbeit? Wie weit erschweren oder verunmöglichen die Pflicht, sog. A1-Bescheinigungen und ggf. andere Dokumente oder Bewilligungen auf sich zu tragen sowie drohende Bussen, Sitzungen in Deutschland, Frankreich und der Schweiz?
37. Beantwortung der Interpellation Nr. 80 Michelle Lachenmeier betreffend Hotelschiffe und «Busterminal» auf der Klybeckinsel
38. Beantwortung der Interpellation Nr. 85 Patricia von Falkenstein betreffend Intensivierung von Gebäudesanierungen zum Schutz des Klimas
39. Beantwortung der Interpellation Nr. 86 Eduard Rutschmann betreffend Unterbringung von Sozialhilfebezügern an der Rheingasse
40. Beantwortung der Interpellation Nr. 94 Christian Griss betreffend neue Waldschutzreservate
41. Beantwortung der Interpellation Nr. 97 Gianna Hablützel-Bürki betreffend 1 Milliarde Mehrkosten für Flüchtlinge - wie viel muss der Kanton Basel-Stadt noch zahlen?
42. Beantwortung der Interpellation Nr. 100 Jean-Luc Perret betreffend Stickoxid-Messungen bei Dieselfahrzeugen überschreiten Normwerte
43. Beantwortung der Interpellation Nr. 110 Beda Baumgartner betreffend Dumpinglöhnen bei den Behindertenfahrdiensten in Basel-Stadt
44. Beantwortung der Interpellation Nr. 57 Franziska Roth betreffend Ausbau des Angebots auf der S-Bahnlinie 6
45. Beantwortung der Interpellation Nr. 64 Tonja Zürcher betreffend wie weiter mit der Heuwaage nach dem Nein zum Ozeanum?
46. Beantwortung der Interpellation Nr. 66 Esther Keller betreffend Freie Strasse mit Grünräumen attraktiver gestalten
47. Beantwortung der Interpellation Nr. 67 Beat Leuthardt betreffend Buslinie 50 (und 30) rasch durch neue Schweizer Doppelgelenk-Elektrobusse entlasten (inklusive Zwischennutzung ab August für das notleidende Basler Tram-/Busnetz)
48. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Aeneas Wanner und Konsorten betreffend Senkung der

Bewilligungshürden fassadenintegrierter Solarenergienutzung

49. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Beat Leuthardt und Konsorten betreffend besserer Bahnhofplatz für uns alle. Keine Querfahrten mehr vor dem Bahnhofgebäude und erst noch ein flexibleres Tramnetz
50. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Daniel Hettich und Konsorten betreffend Überarbeitung des Submissionsgesetzes
51. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Alexandra Dill und Konsorten betreffend Basel pro Klima: Massnahmen zur besseren Durchlüftung der Stadt und zur Verbesserung des Luftklimas
52. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Thomas Grossenbacher und Konsorten für einen wirkungsvolleren Baumschutz im Kanton Basel-Stadt
53. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Konsorten betreffend Aktenzeichen "Tram- und Businfotafeln im Bahnhof SBB" nach wie vor ungelöst
54. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sebastian Kölliker und Konsorten betreffend kulturelle und gastronomische Zwischennutzung beim Birsig-Parkplatz
55. Beantwortung der Interpellation Nr. 92 Alexander Gröflin betreffend Beauftragung von Anwaltskanzleien durch den Kanton Basel-Stadt
56. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug David Wüest-Rudin betreffend öffentlich zugängliche Velopumpstationen
57. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Neugestaltung Kasernenareal
58. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Otto Schmid und Konsorten betreffend erneuter Überprüfung einer Sichtbarmachung des Birsigs beim Marktplatz
59. Beantwortung der Interpellation Nr. 95 Felix W. Eymann betreffend Sicherheitsmassnahmen an der Pfalzmauer
60. Beantwortung der Interpellation Nr. 103 Eduard Rutschmann betreffend Auslastung der Tramlinie 3 zwischen Burgfelderhof (vormals Burgfelden Grenze) und Gare de Saint-Louis
61. Beantwortung der Interpellation Nr. 104 Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend Häufung von BVB-Baustellen sowie Realisierbarkeit und Kosten eines temporären oder dauerhaften Fahrpreiserlasses
62. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sasha Mazzotti und Konsorten betreffend Aufwertung des öffentlichen Raums im Bereich der Fondation Beyeler
63. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Mirjam Ballmer und Konsorten betreffend Überprüfung der Vorschriften für Clubs und Bars
64. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Otto Schmid und Konsorten betreffend Doppelhaltestellen
65. Beantwortung der Interpellation Nr. 60 Thomas Widmer-Huber betreffend Prävention vor sexueller Gewalt und Belästigung im Kanton Basel-Stadt
66. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Lea Steinle und Konsorten betreffend Umsetzung der Istanbulkonvention: Bereitstellung von ausreichenden Plätzen im Frauenhaus und Sicherung von dessen Finanzierung
67. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Tanja Soland und Konsorten betreffend Racial/Ethnic Profiling bei Polizeikontrollen
68. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug der Regiokommission betreffend Existenz umfassender grenzüberschreitender Vorbereitungen im Katastrophenfall, inklusive der Information der Bevölkerung
69. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Seyit Erdogan und Konsorten betreffend Aufführen der Religionszugehörigkeiten in Formularen des Kantons Basel-Stadt
70. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sarah Wyss und Konsorten betreffend Gebührengleichheit bei der Einbürgerung von Partner/innen in eingetragener Partnerschaft lebender Personen mit Ehepartner/innen
71. Beantwortung der Interpellation Nr. 102 Felix Wehrli betreffend „Kriminalität in der Dreirosenanlage“ und weitere
72. Beantwortung der Interpellation Nr. 114 Joël Thüring betreffend Kosten von bewilligten und unbewilligten Demonstrationen für die Allgemeinheit
73. Beantwortung der Interpellation Nr. 65 Pascal Messerli betreffend Steuersenkungen für den Mittelstand
74. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christophe Haller und Konsorten betreffend eidgenössischer Finanzausgleich - Geberkantone stärken
75. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend bezahlbar wohnen am Schorenweg - dank Kanton und Wohngenosenschaften
76. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Basel pro Klima: Bahnreisen statt Flugreisen von Mitarbeitenden des Kantons Basel-Stadt und seiner Beteteiligungen

77. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Andreas Zappalà und Konsorten betreffend Anstellungsbedingungen höchstes Kader nach privatrechtlichen Grundsätzen
78. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Lea Steinle und Konsorten betreffend Verlängerung des Vaterschaftsurlaubs für Kantonsangestellte
79. Beantwortung der Interpellation Nr. 88 Tonja Zürcher betreffend die Verantwortung des Finanzplatzes für die Klimakrise
80. Beantwortung der Interpellation Nr. 84 Thomas Gander betreffend den neusten Entwicklungen rund um die BKB und die Bank Cler
81. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Thomas Gander und Konsorten betreffend kosten- und gebührenfreie Nutzung der kantonalen Sport- und Bewegungsanlagen für die organisierten Basler Sportvereine
82. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Patricia von Falkenstein und Konsorten betreffend Intensivierung der Sprachförderung vor dem Kindergarteneintritt
83. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sarah Wyss und Konsorten betreffend Nachhaltigkeit bei den Bildungslandschaften in Kooperation mit der Quartier- und Stadtentwicklung des Präsidialdepartements
84. Beantwortung der Interpellation Nr. 93 Tim Cuénod betreffend Turnhallenmangel, Schulsport und weite Wege
85. Beantwortung der Interpellation Nr. 99 Kerstin Wenk betreffend Überschreitung der Klassenmaximalgrössen
86. Beantwortung der Interpellation Nr. 105 Sarah Wyss betreffend Mitbestimmung bei der Berufung von medizinischen Professuren
87. Beantwortung der Interpellation Nr. 109 Katja Christ betreffend Lehrmittel für die Sammelfächer RZG/NT
88. Beantwortung der Interpellation Nr. 111 Franziska Roth betreffend Elternbeiträge für Schullager während der Volksschulzeit
89. Schreiben des Ratsbüros zur Motion Thomas Gander und Konsorten betreffend Sportstättenstrategie und konkreter Massnahmenplanung
90. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Kaspar Sutter und Konsorten betreffend Faire Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Spitalgruppe
91. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Mirjam Ballmer und Konsorten betreffend Unterstützung der Dokumentationsstelle Atomfreie Schweiz
92. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Sasha Mazzotti und Konsorten betreffend Basel pro Klima: Erhalt und Erhöhung der Biodiversität
93. Beantwortung der Interpellation Nr. 87 Sarah Wyss betreffend Arbeitszeit fürs Umziehen
94. Beantwortung der Interpellation Nr. 96 Christian C. Moesch betreffend verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem Universitätsspital Basel und dem Bethesda Spital in der Orthopädie
95. Beantwortung der Interpellation Nr. 107 Oliver Bolliger betreffend zukünftige Kooperationen in der gemeinsamen Gesundheitsregion und deren Auswirkungen

Schluss der 37. Sitzung

22:35 Uhr

Basel, 20. November 2019

Dr. Heiner Vischer
Grossratspräsident

Beat Flury
I. Ratssekretär

Anhang A: Abstimmungsergebnisse

Sitz	Abstimmungen 1136 - 1151	1136	1137	1138	1139	1140	1141	1142	1143	1144	1145	1146	1147	1148	1149	1150	1151
1	Semsetdin Yilmaz (SP)	J	N	J	N	J	J	J	J	N	N	N	N	N	J	J	N
2	Sibylle Benz (SP)	J	A	J	N	J	J	J	J	N	N	N	N	A	A	J	N
3	Tim Cuýnod (SP)	J	N	J	N	J	J	A	J	N	N	N	N	N	J	J	N
4	Sigirci Mehmet (SP)	J	N	J	N	J	J	J	J	N	N	N	N	N	J	J	N
5	Thomas Gander (SP)	J	N	J	N	J	J	J	J	N	N	N	N	N	J	J	N
6	Rený Brigger (SP)	J	N	J	N	J	J	A	J	N	N	N	N	A	A	J	N
7	Barbara Heer (SP)	J	N	J	N	J	J	J	J	N	N	N	N	N	J	J	N
8	Ursula Metzger (SP)	A	N	J	N	J	J	J	J	N	N	N	N	N	J	J	N
9	Lisa Mathys (SP)	J	N	J	N	J	J	J	J	N	N	N	N	N	J	J	N
10	Patricia von Falkenstein (LDP)	J	N	J	N	N	N	N	N	N	J	N	N	E	N	N	J
11	Raoul Furlano (LDP)	E	N	J	N	N	N	N	N	N	J	N	N	N	A	N	J
12	Michael Koechliin (LDP)	J	N	J	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	J
13	Stephan Schiesser (LDP)	J	N	J	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	J
14	Catherine Alioth (LDP)	J	N	J	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	J
15	Patrick Hafner (SVP)	J	J	N	J	N	N	N	N	J	J	N	J	J	A	N	J
16	Roland Lindner (SVP)	J	J	N	J	N	N	A	N	N	N	A	J	J	N	N	A
17	Gianna Habytzel (SVP)	J	J	N	J	N	N	N	N	N	N	N	J	J	N	N	J
18	Pascal Messerli (SVP)	J	J	N	J	N	N	N	N	N	N	N	N	N	J	N	J
19	Jo Vergeat (GB)	J	N	J	N	J	J	J	J	N	N	N	N	N	J	J	N
20	Jýryme Thiriet (GB)	J	N	J	N	J	J	J	J	N	N	N	N	N	J	J	N
21	Barbara Wegmann (GB)	J	N	J	N	J	J	J	J	N	N	N	N	N	J	J	N
22	Christophe Haller (FDP)	J	N	E	N	J	N	A	J	N	A	A	A	A	A	A	A
23	David Jenny (FDP)	J	N	J	N	J	N	J	J	N	N	N	J	E	N	N	J
24	Erich Bucher (FDP)	J	N	J	N	J	N	J	J	N	N	N	J	J	N	N	J
25	Oswald Inglin (CVP/EVP)	J	N	J	N	J	N	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J
26	Beatrice Isler (CVP/EVP)	J	N	J	N	J	N	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J
27	Esther Keller (fraktionslos)	J	N	J	N	J	J	J	J	J	J	N	J	N	J	N	J
28	Nicole Amacher (SP)	J	N	J	N	J	J	J	J	N	N	N	N	N	J	J	N
29	Beda Baumgartner (SP)	J	N	J	N	J	J	J	J	N	N	N	N	N	J	J	N
30	Danielle Kaufmann (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
31	Jean-Luc Perret (SP)	J	N	J	N	J	J	J	J	N	N	N	N	N	J	J	N
32	Jýrg Vitelli (SP)	J	N	J	N	J	J	J	J	N	N	N	N	N	J	J	N
33	Toya Krummenacher (SP)	J	N	J	N	J	J	J	J	N	N	N	N	N	J	J	N
34	Seyit Erdogan (SP)	J	N	J	N	J	J	J	J	N	N	N	N	N	J	J	N
35	Christian von Wartburg (SP)	J	N	J	N	J	J	J	J	N	N	N	N	N	J	J	N
36	Jýrg Meyer (SP)	J	N	J	N	J	J	J	J	N	N	N	N	N	J	J	N
37	Kaspar Sutter (SP)	J	N	J	N	J	J	J	J	N	N	N	N	N	J	J	N
38	Stefan Wittlin (SP)	J	N	J	N	J	J	J	J	N	N	N	N	N	J	J	N
39	Claudio Miozzari (SP)	J	N	J	N	J	J	J	J	N	N	N	N	N	J	J	N
40	Alexandra Dill (SP)	J	N	J	N	J	J	J	J	N	N	N	N	N	J	J	N
41	Oliver Bolliger (GB)	J	N	J	N	J	J	J	J	N	N	N	N	N	J	J	N
42	Beatrice Messerli (GB)	J	N	J	N	J	J	J	A	N	N	N	N	N	J	J	N
43	Raphael Fuhrer (GB)	J	N	J	N	J	J	J	J	N	N	N	N	N	J	J	N
44	Jýrg Stycklin (GB)	J	N	J	N	J	J	J	J	N	N	N	N	N	J	J	N
45	Lea Steinle (GB)	J	N	J	N	J	J	J	J	N	N	N	N	N	J	J	N
46	Joyl Thýring (SVP)	J	J	N	J	N	N	N	N	N	N	N	J	N	E	N	J
47	Alexander Grýflin (SVP)	J	J	N	J	N	N	N	N	N	N	N	J	J	E	N	J
48	Roger Stalder (SVP)	J	J	N	J	N	N	N	N	N	N	N	J	J	J	N	J
49	Daniela Stumpf (SVP)	J	J	N	J	N	N	N	N	N	N	N	J	J	J	N	J
50	Beat K. Schaller (SVP)	J	J	N	J	N	N	N	N	N	N	N	J	J	J	N	J
51	Heiner Vischer (LDP)	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P
52	Thomas Myry (LDP)	J	N	A	N	N	N	N	N	N	J	N	N	N	N	N	J

Sitz	Abstimmungen 1152 - 1167	1152	1153	1154	1155	1156	1157	1158	1159	1160	1161	1162	1163	1164	1165	1166	1167
1	Semseddin Yilmaz (SP)	J	J	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J	J	N	J
2	Sibylle Benz (SP)	J	J	J	J	J	J	J	N	J	E	A	J	J	J	N	J
3	Tim Cuýnod (SP)	J	J	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J	J	N	J
4	Sigirci Mehmet (SP)	J	J	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J	J	N	J
5	Thomas Gander (SP)	J	J	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J	J	N	J
6	Rený Brigger (SP)	J	J	J	J	J	A	J	N	J	N	J	J	J	J	N	J
7	Barbara Heer (SP)	J	J	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J	J	N	J
8	Ursula Metzger (SP)	J	J	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J	J	N	J
9	Lisa Mathys (SP)	J	J	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J	J	N	J
10	Patricia von Falkenstein (LDP)	N	J	N	N	N	N	N	N	J	N	N	A	N	A	J	N
11	Raoul Furlano (LDP)	N	J	N	N	N	N	N	N	J	N	N	N	N	N	J	N
12	Michael Koechliin (LDP)	N	J	N	N	N	N	N	N	J	N	N	N	N	N	J	N
13	Stephan Schiesser (LDP)	N	J	N	N	N	N	N	N	J	N	N	N	N	N	J	N
14	Catherine Alioth (LDP)	N	J	N	N	E	N	N	N	J	N	N	N	N	N	J	N
15	Patrick Hafner (SVP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	N	N	J	N
16	Roland Lindner (SVP)	N	N	A	N	N	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
17	Gianna Habytzel (SVP)	N	N	N	N	N	N	N	N	J	N	N	N	N	N	J	N
18	Pascal Messerli (SVP)	N	N	N	N	N	N	N	N	E	N	N	N	N	N	J	N
19	Jo Vergeat (GB)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J
20	Jýryme Thiriet (GB)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J
21	Barbara Wegmann (GB)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J
22	Christophe Haller (FDP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	N	N	J	N
23	David Jenny (FDP)	N	J	J	N	J	N	N	N	N	N	N	A	A	A	J	N
24	Erich Bucher (FDP)	N	J	A	N	J	N	N	N	N	N	N	A	N	N	J	N
25	Oswald Inglin (CVP/EVP)	N	J	J	N	N	N	N	N	A	N	J	J	N	N	J	N
26	Beatrice Isler (CVP/EVP)	N	J	J	E	N	N	N	N	J	N	J	J	E	N	J	N
27	Esther Keller (fraktionslos)	J	J	J	J	J	E	J	J	N	N	J	N	J	N	N	J
28	Nicole Amacher (SP)	J	J	J	J	J	J	J	N	J	A	J	J	J	J	N	J
29	Beda Baumgartner (SP)	J	J	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	A	J	N	J
30	Danielle Kaufmann (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	J	J	N	J
31	Jean-Luc Perret (SP)	J	J	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J	J	N	J
32	Jýrg Vitelli (SP)	J	J	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J	J	N	J
33	Toya Krummenacher (SP)	J	J	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J	J	N	J
34	Seyit Erdogan (SP)	J	J	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	A	J	N	J
35	Christian von Wartburg (SP)	J	J	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J	J	N	J
36	Jýrg Meyer (SP)	J	J	J	J	J	J	J	N	J	N	J	N	J	J	N	J
37	Kaspar Sutter (SP)	J	J	J	J	J	J	J	N	A	N	J	J	J	J	N	J
38	Stefan Wittlin (SP)	J	J	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J	J	N	J
39	Claudio Miozzari (SP)	J	J	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J	J	N	J
40	Alexandra Dill (SP)	A	J	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J	J	N	J
41	Oliver Bolliger (GB)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	N	J
42	Beatrice Messerli (GB)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	N	J
43	Raphael Fuhrer (GB)	A	A	A	A	A	A	A	A	J	J	J	J	J	J	N	J
44	Jýrg Stycklin (GB)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	E	N	J	J	J	N	J
45	Lea Steinle (GB)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J
46	Joyl Thýring (SVP)	N	J	N	N	N	N	N	N	E	N	N	N	N	N	J	N
47	Alexander Grýflin (SVP)	N	N	N	N	N	N	A	N	J	N	N	N	N	N	J	N
48	Roger Stalder (SVP)	N	J	N	N	N	N	N	N	J	N	N	N	N	N	J	N
49	Daniela Stumpf (SVP)	N	N	N	N	N	N	N	N	J	N	N	N	N	N	J	N
50	Beat K. Schaller (SVP)	N	J	N	N	N	N	N	N	J	N	N	E	N	N	J	N
51	Heiner Vischer (LDP)	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P
52	Thomas Myry (LDP)	N	J	N	N	N	N	N	N	J	N	N	N	A	N	J	N

Sitz	Abstimmungen 1168 - 1183	1168	1169	1170	1171	1172	1173	1174	1175	1176	1177	1178	1179	1180	1181	1182	1183
1	Semsetdin Yilmaz (SP)	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	J	J	J	N
2	Sibylle Benz (SP)	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	J	J	J	N
3	Tim Cuýnod (SP)	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	J	J	J	N
4	Sigirci Mehmet (SP)	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	J	J	J	N
5	Thomas Gander (SP)	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	J	J	J	N
6	Rený Brigger (SP)	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	J	J	J	E
7	Barbara Heer (SP)	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	J	J	J	N
8	Ursula Metzger (SP)	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	J	J	J	N
9	Lisa Mathys (SP)	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	J	J	J	N
10	Patricia von Falkenstein (LDP)	J	N	J	N	J	N	J	N	A	A	A	A	A	A	A	A
11	Raoul Furlano (LDP)	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	N	N	N	J
12	Michael Koechliin (LDP)	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	N	J	N	J
13	Stephan Schiesser (LDP)	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	N	J	N	J
14	Catherine Alioth (LDP)	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	N	N	N	J
15	Patrick Hafner (SVP)	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	N	N	N	J
16	Roland Lindner (SVP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
17	Gianna Habytzel (SVP)	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	N	N	N	J
18	Pascal Messerli (SVP)	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	N	N	N	J
19	Jo Vergeat (GB)	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	J	J	J	N
20	Jýryme Thiriet (GB)	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	J	J	J	N
21	Barbara Wegmann (GB)	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	J	J	J	N
22	Christophe Haller (FDP)	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	N	N	N	J
23	David Jenny (FDP)	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	E	E	N	N	N	J
24	Erich Bucher (FDP)	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	E	N	N	N	J
25	Oswald Inglin (CVP/EVP)	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	N	J	J	J	N	J
26	Beatrice Isler (CVP/EVP)	J	N	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
27	Esther Keller (fraktionslos)	N	J	J	E	J	E	N	J	N	J	N	J	J	J	J	J
28	Nicole Amacher (SP)	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	J	J	J	N
29	Beda Baumgartner (SP)	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	A	A	A	A
30	Danielle Kaufmann (SP)	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	J	J	J	N
31	Jean-Luc Perret (SP)	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	J	J	J	N
32	Jýrg Vitelli (SP)	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	J	J	J	N
33	Toya Krummenacher (SP)	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	J	J	J	N
34	Seyit Erdogan (SP)	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	J	J	J	N
35	Christian von Wartburg (SP)	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	J	J	J	N
36	Jýrg Meyer (SP)	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	J	J	J	J
37	Kaspar Sutter (SP)	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	J	J	J	N
38	Stefan Wittlin (SP)	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	J	J	J	N
39	Claudio Miozzari (SP)	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	J	J	J	N
40	Alexandra Dill (SP)	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	J	J	J	N
41	Oliver Bolliger (GB)	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	J	J	J	N
42	Beatrice Messerli (GB)	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	J	J	J	N
43	Raphael Fuhrer (GB)	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	J	J	J	N
44	Jýrg Stycklin (GB)	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	J	J	J	N
45	Lea Steinle (GB)	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	J	J	J	N
46	Joyl Thýring (SVP)	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	N	N	N	J
47	Alexander Grýflin (SVP)	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	N	N	N	J
48	Roger Stalder (SVP)	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	N	N	N	J
49	Daniela Stumpf (SVP)	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	N	N	N	J
50	Beat K. Schaller (SVP)	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	N	N	N	J
51	Heiner Vischer (LDP)	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P
52	Thomas Myry (LDP)	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	J	N	N	N	N	J

Sitz	Abstimmungen 1184 - 1186	1184	1185	1186
1	Semsetdin Yilmaz (SP)	N	J	J
2	Sibylle Benz (SP)	N	J	E
3	Tim Cuýnod (SP)	N	J	J
4	Sigirci Mehmet (SP)	N	J	J
5	Thomas Gander (SP)	N	J	J
6	Rený Brigger (SP)	N	J	E
7	Barbara Heer (SP)	N	J	J
8	Ursula Metzger (SP)	N	J	J
9	Lisa Mathys (SP)	N	J	E
10	Patricia von Falkenstein (LDP)	A	A	A
11	Raoul Furlano (LDP)	A	A	A
12	Michael Koechlin (LDP)	J	N	J
13	Stephan Schiesser (LDP)	J	N	J
14	Catherine Alioth (LDP)	J	N	N
15	Patrick Hafner (SVP)	J	N	J
16	Roland Lindner (SVP)	A	A	A
17	Gianna Hablytzel (SVP)	J	N	J
18	Pascal Messerli (SVP)	J	N	J
19	Jo Vergeat (GB)	N	J	J
20	Jýryme Thiriet (GB)	N	J	J
21	Barbara Wegmann (GB)	N	J	J
22	Christophe Haller (FDP)	J	N	N
23	David Jenny (FDP)	J	N	N
24	Erich Bucher (FDP)	J	N	N
25	Oswald Inglin (CVP/EVP)	J	N	N
26	Beatrice Isler (CVP/EVP)	A	A	A
27	Esther Keller (fraktionslos)	J	E	J
28	Nicole Amacher (SP)	N	J	J
29	Beda Baumgartner (SP)	A	A	A
30	Danielle Kaufmann (SP)	N	J	J
31	Jean-Luc Perret (SP)	N	J	J
32	Jýrg Vitelli (SP)	N	J	N
33	Toya Krummenacher (SP)	N	J	N
34	Seyit Erdogan (SP)	N	J	N
35	Christian von Wartburg (SP)	N	J	N
36	Jýrg Meyer (SP)	N	J	J
37	Kaspar Sutter (SP)	N	J	N
38	Stefan Wittlin (SP)	N	J	N
39	Claudio Miozzari (SP)	N	J	E
40	Alexandra Dill (SP)	N	J	E
41	Oliver Bolliger (GB)	N	J	J
42	Beatrice Messerli (GB)	N	J	J
43	Raphael Fuhrer (GB)	N	J	J
44	Jýrg Stycklin (GB)	N	A	J
45	Lea Steinle (GB)	N	J	J
46	Joyl Thýring (SVP)	J	N	N
47	Alexander Grýflin (SVP)	J	N	N
48	Roger Stalder (SVP)	J	N	N
49	Daniela Stumpf (SVP)	J	N	N
50	Beat K. Schaller (SVP)	J	N	N
51	Heiner Vischer (LDP)	P	P	P
52	Thomas Myry (LDP)	A	N	N

Sitz	Abstimmungen 1184 - 1186	1184	1185	1186
53	François Bocherens (LDP)	J	N	J
54	Jeremy Stephenson (LDP)	J	N	E
55	Luca Urgese (FDP)	J	N	N
56	Stephan Mumenthaler (FDP)	A	A	A
57	Christian Moesch (FDP)	A	A	A
58	Felix Meier (CVP/EVP)	A	A	A
59	Andrea E. Knellwolf (CVP/EVP)	J	N	N
60	Martina Bernasconi (FDP)	A	A	A
61	David Wyest-Rudin (fraktionslos)	J	E	J
62	Michela Seggiani (SP)	N	J	J
63	Tanja Soland (SP)	N	J	J
64	Kerstin Wenk (SP)	N	J	J
65	Salome Hofer (SP)	E	E	E
66	Sarah Wyss (SP)	N	J	J
67	Pascal Pfister (SP)	N	J	J
68	Georg Mattmüller (SP)	N	J	J
69	Edibe Gylgeli (SP)	N	J	J
70	Franziska Reinhard (SP)	N	J	J
71	Sebastian Kylliker (SP)	N	J	J
72	Tonja Zyrcher (GB)	N	J	E
73	Beat Leuthardt (GB)	N	J	E
74	Michelle Lachenmeier (GB)	N	J	J
75	Talha Ugur Camlibel (SP)	N	J	J
76	Harald Friedl (GB)	N	J	J
77	Felix Wehrli (SVP)	J	N	N
78	Christian Meidinger (SVP)	J	N	N
79	Lorenz Amiet (SVP)	J	N	N
80	Rudolf Vogel (SVP)	J	N	N
81	Felix Eymann (LDP)	A	A	A
82	André Auderset (LDP)	A	A	A
83	René Hýfliger (LDP)	A	A	A
84	Mark Eichner (FDP)	J	N	N
85	Beat Braun (FDP)	J	N	N
86	Peter Bochsler (FDP)	J	N	N
87	Remo Gallacchi (CVP/EVP)	J	N	N
88	Balz Herter (CVP/EVP)	J	N	N
89	Thomas Strahm (LDP)	J	N	J
90	Daniel Hettich (LDP)	J	N	J
91	Eduard Rutschmann (SVP)	J	N	N
92	Heinrich Ueberwasser (SVP)	E	N	J
93	Franziska Roth (SP)	N	J	N
94	Sasha Mazzotti (SP)	N	J	E
95	Andreas Zappaly (FDP)	A	A	A
96	Thomas Widmer-Huber (CVP/EVP)	J	N	J
97	Thomas Grossenbacher (GB)	N	J	J
98	Christian Griss (CVP/EVP)	J	N	J
99	Katja Christ (fraktionslos)	A	A	A
100	Olivier Battaglia (LDP)	J	N	J
J	JA	36	45	45
N	NEIN	46	36	30
E	ENTHALTUNG	2	3	10
A	ABWESEND	15	15	14
P	PRÄSIDIUM (stimmt nicht mit)	1	1	1
	Total	100	100	100

Anhang C: Neue Vorstösse

Planungsanzug

1. Planungsanzug betreffend Öffentlicher Raum im Kanton Basel-Stadt

19.5493.01

Der öffentliche Raum und dessen Nutzung sind in jeder Stadt in Diskussion, so auch in Basel. Im Budgetbericht des Regierungsrates, in dem er seine kurz- und mittelfristigen Ziele festsetzt, kommt der öffentliche Raum in diesem Rahmen jedoch nicht vor. Es besteht in unserem Kanton und in unserer Stadt jedoch grosser Bedarf nach Diskussion und positiver Auseinandersetzung über dessen Gestaltung und vor allem Nutzung. Dieser Planungsanzug bezieht sich auf den gesamten Kanton und betrifft alle Departemente. Durch die intensive Nutzung des öffentlichen Raumes und die Einwohnerdichte einen besonderen Bedarf haben aber vor allem die Quartiere Rosental, Matthäus, Klybeck, Kleinhüningen und Gundeli.

Aus diesen Gründen wird der Regierungsrat gebeten, folgende Ergänzung in die kurz- und mittelfristigen politischen Ziele aufzunehmen:

Der Kanton Basel-Stadt entwickelt eine liberale, soziale und urbane Strategie für den öffentlichen Raum und setzt diese um. Dabei werden alle Departemente involviert. Über die Umsetzung wird jährlich Bericht erstattet. Im Fokus steht dabei der friedliche und respektvolle Nutzen des öffentlichen Raumes und die Förderung des Diskurses darüber.

Sebastian Kölliker, Barbara Heer, Balz Herter, Christian C. Moesch, Claudio Miozzari, Tonja Zürcher, Lisa Mathys, Esther Keller, Jo Vergeat, Pascal Messerli, Michelle Lachenmeier, Thomas Gander, Patricia von Falkenstein

Motionen

1. Motion betreffend Agogik im Alter: «Stationäre Leistungen für behinderte Personen im AHV-Alter»

19.5474.01

Menschen mit Behinderungen, die selbständig leben, können dies entweder alleine, mit Unterstützung von Spitex, vor allem aber mit Unterstützung von Angehörigen, Eltern oder Kinder. Dank dieser Unterstützung durch Angehörige kommt es immer wieder vor, dass eine behinderte Person erst nach Erreichen des Pensionsalters in eine Betreuungs- resp. Pflegesituation kommt.

Ergibt sich durch den Wegfall der betreuenden angehörigen Person eine klassische Pflegesituation, ist der Anspruch auf stationäre Leistungen durch das kantonale Gesundheitsgesetz (GesG) gewährleistet. Hat die behinderte Person beispielsweise auf Grund einer kognitiven Beeinträchtigung allerdings lediglich einen agogischen Bedarf (betreuen, begleiten), sind die Voraussetzungen für eine stationäre Leistung in einem Alters- und Pflegeheim nicht gegeben.

Das kantonale Behindertenhilfegesetz (BHG) sieht für behinderte Personen im Pensionsalter diesbezüglich lediglich eine Besitzstandsgarantie (§4 Abs. 4 BHG) vor. Für eine stationäre Leistungspflicht müsste also schon vor Erreichen des Pensionsalters eine stationäre Leistung gestützt auf das BHG verfügt worden sein. In der Regel hätte die behinderte Person, hätte sie nicht durch Angehörige betreut werden können, die stationären Leistungen gemäss BHG auch erhalten (IV-Rente als gesetzliche Voraussetzung gem. §4 Abs. 1 BHG).

Für behinderte Personen mit einem agogischen und nicht primär einem medizinischen Bedarf über 64 (w) / 65 (m) gibt es daher eine Regelungslücke an der Schnittstelle zwischen Behindertenhilfe und Alterspflege. Diese Gesetzeslücke kann offensichtlich, wie der Regierungsrat in seiner Antwort vom 28. Mai 2019 auf die schriftliche Anfrage 19.5077.02 schreibt, nicht über das Behindertenrechtegesetz (BHG) geschlossen werden, weshalb eine Lösung bspw. im Gesundheitsgesetz (GesG) in III. 2. § 8 betreffend Pflegeheime anzustreben ist.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat im Sinne der obigen Ausführungen und gemäss §42 Abs. 1 bis GO, dem Grossen Rat innert Jahresfrist einen Gesetzesänderungsvorschlag für das Schliessen dieser Angebotslücke vorzulegen.

Michelle Lachenmeier, Georg Mattmüller, Beatrice Messerli, Kaspar Sutter, Christian C. Moesch, Remo Gallacchi, Pascal Messerli, Felix W. Eymann, Esther Keller, Sarah Wyss, Jürg Stöcklin

2. Motion betreffend hürdenfreier, flexibler Eintritt in den Kindergarten

19.5475.01

Im Rahmen der Harmonisierung des Schweizer Schulsystems wurde der Einschulungstichtag vom 30. April auf den 31. Juli vorverschoben. Damit sind die jüngsten Kinder knapp vierjährig beim Eintritt in den Kindergarten. Der frühe Kindergartenstart ist für einige Kinder eine Chance und für andere, die den Entwicklungsstand noch nicht erreicht haben, eine Überforderung.

Die Eltern haben die Verantwortung für das Wohlergehen ihrer Kinder. Entsprechend soll ihnen das Recht zugestanden werden zu entscheiden, ob ihr Kind bereits in den Kindergarten eingeschult werden soll oder ob es für das eigene Kind pädagogisch richtig ist, die Einschulung um ein Jahr hinauszuschieben. Dadurch können die Eltern ihr Kind vor der Überforderung einer zu frühen Einschulung schützen.

Beispielsweise ist dies im Kanton Aargau, Solothurn und im Kanton Bern bereits möglich und wird von rund 10 % der Eltern wahrgenommen. Die Abmeldung erfolgt allein durch die Eltern und es braucht dazu weder eine ärztliche noch eine schulpsychologische Abklärung.

Die Unterzeichneten fordern, dass der Regierungsrat das Schulgesetz so revidiert, dass die Eltern ihr Kind ohne eine ärztliche oder schulpsychologische Abklärung oder weitere Begründungen ein Jahr später in das erste Kindergartenjahr eintreten lassen können.

Oswald Inglin, Andrea Elisabeth Knellwolf, Balz Herter, Thomas Widmer-Huber, Beatrice Isler, Felix Meier, Remo Gallacchi

3. Motion betreffend hürdenfreier, flexibler Eintritt in die Primarschule

19.5476.01

Im Rahmen der Harmonisierung des Schweizer Schulsystems wurde der Einschulungstichtag vom 30. April auf den 31. Juli vorverschoben. Damit sind die jüngsten Kinder knapp vierjährig beim Eintritt in den Kindergarten. Der frühe Kindergartenstart ist für einige Kinder eine Chance und für andere, die den Entwicklungsstand noch nicht erreicht haben, eine Überforderung.

So sind einige Kinder am Ende des Kindergartens noch nicht bereit, in eine erste Primarschulklasse einzutreten. Für sie gibt es die Möglichkeit eines dritten Kindergartenjahres oder den Eintritt in eine Einführungs- Klasse, deren Führung aufgrund der Überweisung der Motion Wenk betreffend „Beibehaltung von Einführungsklassen und Fremdsprachenklassen auf der Primarstufe" wieder möglich sein wird.

Allerdings werden solche Einführungsklassen nicht an allen Primarschulstandorten geführt werden, und die Eltern können weder über ein drittes Kindergartenjahr, noch über den Übertritt in eine Einführungs- Klasse selbstständig und abschliessend entscheiden.

Die Eltern haben die Verantwortung für das Wohlergehen ihrer Kinder. Entsprechend soll ihnen das Recht zugestanden werden, zu entscheiden, ob ihr Kind bereits in die Primarschule übertritt oder ob es für das eigene Kind pädagogisch richtig ist, ein drittes Kindergartenjahr in Anspruch zu nehmen. Dadurch können die Eltern ihr Kind vor der Überforderung einer zu frühen Einschulung in die Primarschule schützen. Die Anmeldung in ein drittes Kindergartenjahr erfolgt allein durch die Eltern und es braucht dazu weder eine ärztliche noch eine schulpsychologische Abklärung.

Eine Einschränkung dieses Elternentscheids soll dann gegeben sein, wenn das Kind bereits von Möglichkeit eines verzögerten Eintritts in den Kindergarten Gebrauch gemacht hat. In diesem Falle soll der verzögerte Übertritt in die Primarschule auf Antrag der Eltern von der Volksschulleitung verfügt werden.

Die Unterzeichneten fordern, dass der Regierungsrat das Schulgesetz so revidiert, dass die Eltern ihr Kind ohne eine ärztliche oder schulpsychologische Abklärung oder weitere Begründungen in ein drittes Kindergartenjahr anmelden können, um somit den Eintritt in die Primarschule um ein Jahr zu verschieben.

Oswald Inglin, Andrea Elisabeth Knellwolf, Balz Herter, Beatrice Isler, Felix Meier, Remo Gallacchi

4. Motion betreffend Pauschalspesen auch für Kleinunternehmen

19.5498.01

Leitende Angestellte oder Geschäftsführer haben im Rahmen ihrer geschäftlichen Tätigkeit oftmals Auslagen für Repräsentation, Akquisition oder für die Pflege ihrer Kundschaft. Die Belege für diese Kleinausgaben sind teilweise nicht oder nur unter schwierigen Bedingungen zu beschaffen. Aus Gründen der rationalen Abwicklung kann daher den leitenden Angestellten eine jährliche Pauschalentschädigung ausgerichtet werden. Dabei gilt der Grundsatz, dass dieser Pauschalbetrag nicht mehr als 5 % des jährlichen Bruttolohns betragen darf.

Mit dieser Pauschalentschädigung werden sämtliche Kleinausgaben bis zur Höhe von Fr. 50.- pro Ereignis abgegolten, wobei jede Ausgabe als einzelnes Ereignis gilt. Verschiedene zeitlich gestaffelte Ausgaben im Rahmen des gleichen Auftrages können somit nicht kumuliert werden. Namentlich handelt es sich dabei beispielsweise um Kleinauslagen für Essen und Trinken (zu Hause oder im Restaurant), Zwischenverpflegungen, Geschenke bei Einladungen, Geschäftstelefone vom Privatapparat, Parkgebühren oder Fahrten mit den öffentlichen Verkehrsmitteln,

Um eine Pauschalentschädigung geltend zu machen, ist das Unternehmen verpflichtet, ein Pauschalspesenreglement vorzulegen, welches durch die kantonale Steuerverwaltung zu genehmigen ist. So auch in

Basel-Stadt, wo dies bis 2013 für sämtliche Unternehmen gängige Praxis war. Per 1. Januar 2014 vollzog die Steuerverwaltung jedoch eine Praxisänderung, wonach solche Pauschalentschädigungen nur noch für Firmen mit mindestens fünf Empfängern zu genehmigen seien.

Diese Schranke stellt für viele Kleinunternehmen und Startups eine diskriminierende und nicht nachvollziehbare Hürde dar, da sie aufgrund ihrer Firmengrösse oder ihres Alters (noch) nicht über so viele Kadermitarbeiter verfügen. Die Folge ist, dass die entsprechenden Mitarbeiter gezwungen sind, jeden noch so kleinen Einzelbeleg zu sammeln und in der Buchhaltung abzurechnen, um eine Entschädigung zu erhalten. Für Kleinunternehmer bedeutet dies ein beträchtlicher bürokratischer Mehraufwand. Hinzu kommt, dass andere Kantone wie etwa der Kanton Basel-Landschaft keine Grenze bei der Betriebsgrösse für die Genehmigung von Pauschalspesen-reglementen kennen.

Mit der vorliegenden Motion wird der Regierungsrat beauftragt, innert einem Jahr die Richtlinien über den Pauschalspesenabzug im Kanton Basel-Stadt so anzupassen, dass auch Basel-städtischen Kleinunternehmern unabhängig ihrer Betriebsgrösse die Möglichkeit von Pauschalentschädigungen für Repräsentations- und Kleinauslagen gewährt werden kann.

Patricia von Falkenstein, Luca Urgese, Eduard Rutschmann, Andrea Elisabeth Knellwolf, Joël Thüring, Balz Herter, Olivier Battaglia, Christophe Haller

5. Motion betreffend Digital statt Papier - Baugesuche elektronisch einreichen

19.5499.01

Sowohl auf Bundes- wie auch auf kantonaler Ebene wird das Angebot an E-Government- Dienstleistungen für Einwohnerinnen und Einwohner ebenso wie für Unternehmen laufend ausgebaut. Es besteht jedoch in vieler Hinsicht noch Erweiterungsbedarf.

Grosses Potenzial besteht hinsichtlich einer verstärkten Digitalisierung des Baubewilligungsprozesses, mit welcher die entsprechenden Eingaben und Verfahren vereinfacht und für alle Beteiligten effizienter gestaltet werden könnten. Mit einer vollständigen Digitalisierung des Baubewilligungsprozesses würde der Verwaltungsprozess sowohl wirtschaftlicher als auch ökologischer (massive Einsparung an Papier, da je nach Eingabe das Baugesuch in zwei- bis vierfacher Ausführung in speziellen hierfür vorgegebenen Plastikk dossiers abgegeben werden muss), wodurch die Verfahrenskosten für alle Parteien (Bauherrschaft, Projektverantwortliche, zuständige Verwaltungseinheiten, etc.) deutlich sinken können. Zugleich wird der Baubewilligungsprozess dadurch bürgerfreundlicher und transparenter ausgestaltet.

Der Kanton Uri war einer der ersten Kantone, welcher den Baubewilligungsprozess vollständig digitalisiert hat. Die Erfahrungen sind durchwegs positiv. Die Bearbeitungsdauer verkürzt sich, es werden Kosten eingespart und die Gesuchsteller können sich laufend online über den Verfahrensstand informieren. Nicht nur können die Baugesuche online eingereicht werden, es sind auch die aktuellen Bauplanaufgaben online einsehbar. Das Beispiel zeigt auf, dass Online-Dienstleistungen positiv aufgenommen werden.

Die Unterzeichnenden fordern den Regierungsrat daher auf, den Baubewilligungsprozess innert zwei Jahren vollständig zu digitalisieren, um die Aufwendungen für die Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller wie auch die Verwaltung spürbar zu senken. Dabei sind die diesbezüglichen Erfahrungen, welche im Kanton Uri oder auch in anderen Kantonen und Städten gesammelt wurden, im Sinne eines best-practice-Ansatzes zu nutzen. Im Weiteren soll, wenn immer möglich auf bestehende Lösungen zurückgegriffen werden, die sich bewährt haben und zeitnah umgesetzt und implementiert werden können. Insbesondere ist eine Integration ins eKonto des Kantons Basel-Stadt vorzusehen.

Luca Urgese, Andrea Elisabeth Knellwolf, Eduard Rutschmann, Patricia von Falkenstein, Thomas Grossenbacher, René Brigger

6. Motion betreffend Stimmrecht für Einwohner*innen ohne Schweizer Bürgerrecht

19.5500.01

Aktuell liegt der Ausländer*innen Anteil im Kanton Basel-Stadt bei über 35% der gesamten Wohnbevölkerung. Diese Wohnbevölkerung hat keine Schweizer Staatsbürgerschaft. Drei Viertel von ihnen sind in der Schweiz geboren oder leben seit mehr als zehn Jahren im Kanton. Sie sind ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft; sie haben wichtige Funktionen in der Wirtschaft, engagieren sich im Quartier und nehmen an kulturellen Anlässen teil. Aber sie haben nicht die Möglichkeit, am politischen Prozess mitzuwirken.

Politische Partizipation ist von grosser Bedeutung für die Integration von Menschen ohne Schweizer Bürgerrecht: Zum einen fördert die Auseinandersetzung mit spezifischen gesellschaftlichen Themen das Zugehörigkeitsgefühl sowie das Bewusstsein für die Pflichten als Bewohner*innen eines Landes. Zum anderen stärkt das politische Engagement dieser Personen die Demokratie, in dem Menschen, die grundsätzlich von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen bleiben, ihre Meinung zu spezifischen Anliegen und Fragestellungen äussern können.

Geht es um das Ausländer*innenstimmrecht, gibt es in erster Linie einen Röstigraben. In den Kantonen Jura und Neuenburg, dürfen Ausländer*innen auf kantonaler Ebene abstimmen und wählen. Die fast 60'000 Personen ohne Stimm- und Wahlrecht in Basel-Stadt sollen in der lokalen Demokratie partizipieren können und in der lokalen Meinungs- und Willensbildungsprozesse besser eingebunden werden. Dazu soll diesem ihnen ermöglicht werden, das Stimm- und Wahlrecht auf kantonaler Ebene für Basel-zu erhalten.

Die Regierung wird gebeten innerhalb eines halben Jahres einen Gesetzesentwurf vorzulegen, damit Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Basel-Stadt, die das Schweizer Bürgerrecht nicht besitzen, das kantonale Stimm- und Wahlrecht erhalten, wenn sie mindestens fünf Jahre Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt haben und im Besitz der Niederlassungsbewilligung sind.

Edibe Gölgeli, Tonja Zürcher, Esther Keller, Sebastian Kölliker, Thomas Gander, Sarah Wyss, Jo Vergeat, Claudio Miozzari, Harald Friedl, Nicole Amacher, Pascal Pfister, Lea Steinle, Raphael Fuhrer, Alexandra Dill, Beatrice Messerli, Oliver Bolliger, Michelle Lachenmeier, Thomas Grossenbacher, Georg Mattmüller, Ursula Metzger, Seyit Erdogan, Semseddin Yilmaz

Anzüge

1. Anzug betreffend Verzicht auf Baubewilligung bei Strassencafes

19.5467.01

Am 8. August 2008 entschied das Bundesgericht, dass es für die Errichtung von Boulevardwirtschaften (z.B. Strassencafes) neben der kommunalen, gewerbepolizeilichen Bewilligung (Allmendbewilligung) neu auch einer Baubewilligung bedarf (Urteil 1C_47/2008: http://www.servat.umbe.ch/dfr/bger/080808_1C_47-2008.html). Dies gilt auch für bestehende Gastwirtschaftsbetriebe, die schon über eine gewerbepolizeiliche Bewilligung verfügen. Konkret bedeutet das in der Praxis, dass seither ein komplettes Baubewilligungsverfahren eingeleitet werden muss, damit eine Änderung der Bewirtschaftung einer neuen oder bereits bewilligten Allmendfläche möglich ist. Dies hat zu einer Flut von neuen baurechtlichen Baubewilligungsverfahren geführt. Der entsprechende administrative Aufwand steht in keinem Verhältnis zu den möglichen Mehrumsätzen.

Daraufhin wurde im Jahr 2008 eine Motion von Nationalrat Adrian Amstutz eingereicht, die eine Korrektur des Bundesgerichtsurteils durch eine Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG) fordert (Geschäft 08.3512 Weg mit der überflüssigen Bürokratie im Gastgewerbe). Auf diese Weise soll bewirkt werden, dass die Errichtung eines saisonal betriebenen Strassencafes durch einen bestehenden Gastwirtschaftsbetrieb, der über eine gewerbepolizeiliche Bewilligung verfügt, wie bis anhin keine Baubewilligung bedarf. Die Motion wurde von beiden Räten im Jahr 2012 angenommen und ist seither beim Bundesrat hängig.

Die Motion soll nach dem Willen des Bundesrats im Anschluss an die parlamentarische Behandlung der zweiten Etappe der RPG-Revision im Rahmen einer Anpassung der Raumplanungsverordnung umgesetzt werden. Jedoch beantragte die zuständige Kommission des Nationalrats vor Kurzem Nichteintreten auf die RPG-Revision. Kurz darauf wurde die RPG-Revision von der Traktandenliste der Herbstsession abtraktandiert. Die Umsetzung der Motion dürfte sich somit nochmals weiter verzögern.

Es stellt sich daher die Frage, ob die Motion auch anders umgesetzt werden kann, um für Gastwirtschaftsbetriebe die unnötige zusätzliche Bewilligungshürde aufzuheben. Die Stadt Bern beispielsweise bietet den Wirten mit Strassencafes an, die Baugesuche für sie einzureichen. Zudem werden alle Baugesuche für Aussenbestuhlungen in der Innenstadt entweder pro Gasse oder für mehrere Gassen zusammengefasst. Dies erlaubt ein rascheres Vorgehen.

In diesem Zusammenhang bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten:

1. Wie er sich auf Bundesebene für eine möglichst rasche Umsetzung der 2012 angenommenen Motion Amstutz einsetzen kann, etwa in dem die notwendige Verordnungsanpassung vorgezogen wird.
2. Ob er im Sinne einer Übergangslösung Möglichkeiten sieht, auf kantonaler Ebene die Baubewilligungspflicht bei Boulevardwirtschaften zu vereinfachen.
3. Ob es allenfalls möglich wäre, das Modell der Stadt Bern oder Teile davon auf kantonaler Ebene einzuführen.

Eduard Rutschmann, Andrea Elisabeth Knellwolf, Luca Urgese, Patricia von Falkenstein, Joël Thüning, Daniela Stumpf

2. Anzug betreffend schadensmindernden Massnahmen bei Kokain-Abhängigkeit

19.5481.01

Der Kokainkonsum steigt seit 2015 in der Schweiz kontinuierlich an und Basel belegt neben Zürich und St. Gallen jeweils einer der vorderen Plätze bei den Abwasserstudien unter den europäischen Städten. Zudem geht Sucht Schweiz aufgrund von Beobachtungen und Studien davon aus, dass auch der Konsum bei Jugendlichen in den letzten 5 Jahren Kokain angestiegen ist.

Kokain ist neben Cannabis die meistkonsumierte illegale Droge in der Schweiz und wird heute von ganz unterschiedlichen Personengruppen und in allen sozialen Schichten konsumiert. Der Preis ist in den letzten 30 Jahren stark gesunken und beträgt nur noch 100 Franken pro Gramm. Der Reinheitsgrad und die Sauberkeit der Substanz sind stark schwankend und gesundheitsschädigende Streckmittel oft vorhanden. Die aktuellen Resultate

aus den Drugcheckings belegen einen Anstieg des Reinheitsgrades, was hinsichtlich Dosierung aber nicht immer erkennbar ist.

Die sozialen und medizinischen Auswirkungen einer Kokainabhängigkeit bei sozial integrierten Personen sind enorm – es drohen Arbeitsplatzverlust, Verschuldung, familiäre Trennungen, Delinquenz und verbunden damit einen sozialen Abstieg. Zudem bestehen vielseitige Gesundheitsschäden wie Herzinfarkte, Schädigung der Nase und der Zähne, Verkehrsunfälle etc.

Zudem verunmöglicht der Kokainkonsum bei langjährigen Opiatabhängigen die soziale Integration und verschlechtert ihre soziale Lebensqualität und belastet stark ihre Gesundheit. Auch hier entstehen für die Allgemeinheit hohe Kosten.

Der Anstieg des Kokainkonsums bereitet den Anzugstellenden grosse Sorgen und die Prüfung von schadensmindernden Massnahmen sowie die Planung von Sensibilisierungskampagnen wären angezeigt. Zudem müsste das Ziel einer Entkriminalisierung der Konsument*innen weiter geprüft werden.

Aus diesen Gründen bitten die Anzugsstellenden den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

Unter welchen Bedingungen und bis zu welchen Mengen der Besitz und der Eigenkonsum von Kokain straffrei werden könnte?

Unter welchen Bedingungen erwachsene Menschen mit einer diagnostizierten Kokainabhängigkeit eine interdisziplinäre Behandlung inkl. einer Substitution mit Methylphenidat (MPH) erhalten könnten?

Wie und durch wen eine solche Behandlung mit einer wissenschaftlichen Studie begleitet werden könnte?

Wie die Möglichkeit geschaffen werden könnte, dass opiatabhängige Menschen mit zusätzlicher Kokainabhängigkeit eine kontrollierte Kokainabgabe analog der Heroinverschreibung HeGeBe (z.B. mit injizierbarem oder nasalem MPH) erhalten?

Ob Sensibilisierungskampagnen aufgrund des steigenden Kokainkonsums geplant sind und mit welchen Mitteln die unterschiedlichen Zielgruppen erreicht werden können?

Oliver Bolliger, Tanja Soland, Luca Urgese, Sarah Wyss, Raoul I. Furlano, Michelle Lachenmeier, Thomas Gander, David Wüest-Rudin, Jo Vergeat

3. Anzug betreffend Asphaltkollektoren auf Nordwestschweizer Strassen

19.5482.01

Die konsequentere Nutzung bestehender Flächen zur Energiegewinnung muss ein vorrangiges Ziel im Rahmen der Energiewende sein. Dabei können auch versiegelte Bodenflächen – z.B. Strassen – besser genutzt werden.

In den Niederlanden sind Asphaltkollektoren eine ausgereifte und bewährte Technologie: Im Strassenbelag wird ein System mit feinen Leitungen verlegt, durch welche Wasser fliesst. Im Sommer kühlen sie die Strasse, das dabei gewonnene warme Wasser wird in einem zweiten, im Boden verlegten Kreislauf gespeichert. Im Winter werden mit dieser Wärme zunächst angrenzende Häuser beheizt, anschliessend auch die Strasse. Das System lohnt sich finanziell allein bereits deswegen, weil der Strassenbelag so rund 40 statt 20 Jahre lang hält, weil er im Sommer nicht weich und im Winter nicht spröde wird. Die Mehrkosten für den Belag liegen jedoch geschätzt bei nur 15 Prozent. Die genutzte Sonnenenergie ist ein beachtlicher zusätzlicher Gewinn.

Ein in der Nordwestschweiz durchgeführter und wissenschaftlich begleiteter Pilotversuch könnte eine Grundlage bilden, um diese Technologie bei uns zu nutzen.

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen und zu berichten, ob – ggf. in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft und/oder anderen Kantonen sowie der Fachhochschule – in einem Pilotversuch mit Hilfe von Asphaltkollektoren Wärme gespeichert und sinnvoll genutzt werden kann. Die "geerntete" Wärme soll saisonal gespeichert werden. Sofern es technisch und geologisch möglich ist, soll der Pilotversuch durchgeführt und ausgewertet werden.

Ein gleich lautender Vorstoss wird im Landrat BL eingereicht.

Lisa Mathys, Thomas Grossenbacher, Jean-Luc Perret, Danielle Kaufmann, Thomas Widmer-Huber, Raphael Fuhrer, Stefan Wittlin, Jörg Vitelli, Luca Urgese, Thomas Müry, David Wüest-Rudin, Christian C. Moesch, Daniela Stumpf

4. Anzug betreffend Überprüfung der Assistenzstellen in Hausarztpraxen

19.5483.01

Die Hausarztmedizin übernimmt hinsichtlich einer effizienten und kostengünstigen Gesundheitsversorgung der Bevölkerung eine bedeutende Rolle im Kanton Basel-Stadt. Mit gerade 43% HausärztInnen - im Gegenzug zu 57% SpezialistInnen (höchste Dichte in der Schweiz) - liegt aktuell zwar kein Fachkräftemangel vor -jedoch muss der Kanton für die sich verändernde Zukunft gewappnet sein.

- Die Bevölkerung im Kanton Basel-Stadt wächst. Es ist ein Wachstum in den nächsten Jahren von 10% (bis 2040 auf 221'000 Personen im Kanton) prognostiziert. (Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt, Juli 2019) . Die Zahl von über 65-Jährigen steigt dabei überdurchschnittlich (+19%) an. Dies stellt auch das Gesundheitswesen vor Herausforderungen. Zumal wir für die angedachte Strategie "ambulant vor stationär"

gerade für ältere Menschen zusätzliche ambulante Strukturen benötigen werden. Zudem braucht es auf Grund der Veränderung der Demographie der Bevölkerung auch (zusätzliches) ärztliches Personal, um PatientInnen in Alters- und Pflegeheimen effizient zu versorgen.

- Immer mehr ÄrztInnen arbeiten Teilzeit. Hinzu kommt, dass zahlreiche heute vollzeitarbeitende HausärztInnen in den kommenden Jahren pensioniert werden. Um die Work Force der jetzt tätigen Hausärzteschaft aufrecht zu erhalten, werden also mehr ÄrztInnen ausgebildet und tätig sein müssen.
- Welter hat die Universität Basel die Anzahl Studienplätze für Medizinstudierende um 50 pro Studienjahr erhöht.

In der Anzugsbeantwortung von Rolf von Aarburg und Konsorten betreffend "Förderung der Hausarztmedizin" (Geschäft 13.5425) erläutert der Regierungsrat, dass er drei Vollzeitstellen, respektive sechs 50%-Stellen finanziert, dies mit einer Finanzierung von bis zu Fr. 300'000. Der Anzug wurde am 6.1.2016 einmal stehen gelassen und am 14.3.2018 abgeschlossen.

Die Veränderungen bezüglich der Teilzeitarbeit von HausärztInnen und die altersdemographische Entwicklung der arbeitenden Hausärzteschaft werden in der Stellungnahme des Regierungsrates jedoch nicht erwähnt- nur, dass bei Bedarf in Erwägung gezogen werden kann, eine Budgetmittelerhöhung zu prüfen.

Nun bitten die Anzugsstellenden den Regierungsrat - mit all seinen Anstrengungen "ambulant vor stationär" voranzutreiben, die Tatsache der vermehrten Teilzeitarbeit und der prozentualen Zunahme der älteren Bevölkerung Beachtung zu schenken und zu überprüfen und zu berichten, ob die Anzahl Praxisassistentenstellen von 2009 noch immer dem künftigen Bedürfnis entsprechen oder ob die Zahl nach über 10 Jahren nicht angepasst werden müsste.

Sarah Wyss, Felix W. Eymann, Oliver Bolliger, Remo Gallacchi, Pascal Pfister

**5. Anzug betreffend Überschreitung der maximalen Südanflugquote:
Umgehende Überprüfung des 5 Knoten-Regimes durch die
Flugsicherheitsbehörde**

19.5489.01

Die Piste 15 des EuroAirports (EAP) wird aus Sicherheitsgründen nicht mehr für Landungen benützt, sobald die durchschnittliche Rückenwindkomponente 5 Knoten übersteigt. Die Landungen werden in diesem Fall auf die Piste 33 verlegt (sog. Südanflug). Für den Fall, dass während eines Kalenderjahres mehr als 10% der Landungen im Südanflug erfolgen, nehmen die französischen und die schweizerischen Luftfahrtbehörden gemäss einer Vereinbarung aus dem Jahr 2006 Konsultationen mit dem Ziel auf, Massnahmen zu treffen, um den Anteil der Südlandungen wieder unter den Schwellenwert von 10 Prozent zu bringen.

Die Grundlagen für die erwähnte Vereinbarung stammen aus dem Jahre 2001. Damals waren Winde aus Westen vorherrschend. Seither ist eine sukzessive Verschiebung der Windrichtung von Südwesten nach Norden festzustellen. Diese Tendenz war vor allem in den letzten fünf Jahren zu beobachten. Die Verschiebung hat zu einer Zunahme der Südlandungen geführt: Während die Quote 2016 noch bei 5.9% lag, überstieg sie 2017 (10.3%) und 2018 (11%) den vereinbarten Maximalwert. Ein Ende dieses Trends ist nicht abzusehen: Ende August 2019 lag die Quote bei 10.7%.

Aufgrund dieser Ausgangslage ist die in der Vereinbarung vorgesehene Massnahmenprüfung umgehend an die Hand zu nehmen. Namentlich drängt sich eine Überprüfung im Hinblick auf eine Anpassung der 5 Knoten-Regelung für die zurzeit maximal zulässige Rückenwindkomponente auf. Im Rahmen einer Sicherheitsüberprüfung ist zu klären, ob im konkreten Fall des EuroAirports eine erhöhte zulässige Rückenwindkomponente definiert werden kann. Dabei ist auch der Umstand zu berücksichtigen, dass moderne Flugzeugtypen über eine Zertifizierung für wesentlich höhere Rückenwindkomponenten verfügen.

Bei der Festlegung der maximalen Rückenwindkomponente und damit der Grundlagen für die Umstellung von Nord- auf Südlandungen handelt es sich ausschliesslich um Fragen der Flugsicherheit, die in den Zuständigkeitsbereich der Flugsicherheitsbehörden fallen. Die regelmässig an den EuroAirport oder an dessen Verwaltungsrat herangetragene Forderung, die Südlandequote zu reduzieren, ist deshalb nicht zielführend. Vielmehr müssen sich die Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt gemeinsam beim Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation resp. beim zuständigen Bundesamt für Zivilluftfahrt dafür einsetzen, dass die vorgesehene Massnahmenprüfung mit den französischen Behörden endlich umgehend in Angriff genommen werden.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt wird deshalb aufgefordert, das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation sowie das Bundesamt für Zivilluftfahrt aufzufordern, mit den französischen Zivilluftfahrtbehörden umgehend und mit hoher Priorität eine Erhöhung der maximal zulässigen Rückenwindkomponente für Starts und Landungen auf der Piste 15 zu prüfen.

Ein gleichlautender Vorstoss wird im Landrat des Kantons Basel-Landschaft eingereicht.

Lorenz Amiet, Andrea Elisabeth Knellwolf, Christophe Haller, André Auderset

6. Anzug betreffend Zugänglichkeit Musik Akademie Basel

19.5490.01

Die Musikakademie (MAB) mit der Allgemeinen Musikschule, der Schola Cantorum, dem Jazz-Campus, der Hochschule für Musik, dem PreCollege und dem Institut Weiterbildung ist eine der renommiertesten

Bildungsinstitutionen der Musik in der Schweiz. Sie geniesst einen Ruf, der weit über die Schweizer Landesgrenzen hinausgeht.

Seit einiger Zeit ist der bauliche Zugang der Gebäude ein Thema. Im Bewusstsein, dass die verschiedenen Gebäude ein Konglomerat meist alter oder älterer Gebäude sind, versteht sich von selbst, dass die Zugänglichkeit der Gebäude nicht leicht zu gewährleisten ist. Auch ist nur ein Teil der genutzten Gebäude im Besitz der Musik-Akademie, in den anderen Liegenschaften ist die MAB Mieterin. Allerdings erfüllt kaum eines dieser Gebäude den Anspruch des Zugangs für Menschen mit einer Behinderung, im Speziellen von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen oder solchen, die auf den Rollstuhl angewiesen sind.

Mit verhältnismässig zumutbarem Aufwand liessen sich beispielsweise die Verbindungswege der Hauptgebäude auf dem Campus an der Leonhardstrasse mit den Nebengebäuden und damit auch der grösseren Hauptgebäude erschliessen. Im Weiteren sind informationsbezogene und Veränderungen in der Nutzung mit wenig Aufwand realisierbar.

Neben dem baulichen Zugang braucht es von aussen gut wahrnehmbare und verständliche Strategie in der Kommunikation sowie praxiserprobte pädagogische Konzepte, die es Menschen mit Behinderung ermöglichen, unabhängig von Alter, Behinderungsgrad und Bildungsstufe, überhaupt Zugang zu musikalischer Bildung zu erhalten.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, welche Massnahmen getroffen werden können, um

1. den baulichen Zugang und die darin vorhandenen Infrastruktur sämtlicher MAB genutzten Gebäude zu verbessern,
2. seitens der Fachhochschule zur Verbesserung in der Ausbildung bezüglich dieser Kundengruppe auszulösen und
3. seitens des Kantons (Allg. Musikschule) zur Verbesserung der Situation beizutragen.
Beatriz Greuter, Georg Mattmüller, Michael Koechlin, Oswald Inglin

7. Anzug betreffend Erteilung des Stimm- und Wahlrechts auf kantonaler Ebene für nicht-Eingebürgerte

19.5495.01

Aktuell liegt der Ausländeranteil in der Schweiz bei rund 25%. Im Kanton Basel-Stadt erreicht dieser sogar über 35,4% der gesamten Wohnbevölkerung (ohne Eingebürgerte mit Migrationshintergrund). Diese Vielfalt stellt für die Schweiz zwar eine Bereicherung dar, ist jedoch auch mit erheblichen Herausforderungen verbunden. Denn um den demografischen Wandel hin zu einer säkularen, demokratischen und pluralistischen Gesellschaft weiterhin erfolgreich zu gestalten, stellt die Förderung einer bedarfsgerechten, umfassenden Integrationspolitik eine unabdingbare Voraussetzung für den Zusammenhalt im Grossen und im Kleinen dar. Politische Partizipation ist von grosser Bedeutung für die Integration von Menschen ohne Schweizer Bürgerrecht: Zum einen fördert die Auseinandersetzung mit spezifischen gesellschaftlichen Themen das Zugehörigkeitsgefühl sowie das Bewusstsein für die Pflichten als Bewohnerinnen und Bewohner eines Landes, kann die Sprachkompetenzen fördern und der Bildung von Parallelgesellschaften sowie religiösem Extremismus entgegenwirken.

Um die stetig wachsende Zahl von nicht-eingebürgerten Bewohnerinnen und Bewohnern Basels in die lokalen Meinungs- und Willensbildungsprozesse besser einzubinden, möchten es die Unterzeichnerinnen diesem Personenkreis ermöglichen, das Stimm- und aktive Wahlrecht (nicht: das passive Wahlrecht) auf kantonaler Ebene (nicht: auf kommunaler Ebene) auf schriftlichen Antrag hin zu erhalten, sofern folgende Voraussetzungen kumulativ erfüllt sind:

1. Sie verfügen nachweislich über die notwendigen Sprachkompetenzen in Deutsch, um die Wahl- und Abstimmungsunterlagen selbständig zu verstehen und sich hierüber mündlich und schriftlich auszudrücken
2. Sie verfügen seit mindestens 10 Jahren über einen rechtmässigen Aufenthaltsstatus in der Schweiz
3. Sie haben seit mindestens 10 Jahren ununterbrochen den gemeldeten Wohnsitz in der Schweiz und davon mindestens die letzten 5 Jahre im Kanton Basel-Stadt
4. Sie haben keinen Zweitwohnsitz im Ausland
5. Sie sind ihrer Steuerpflicht in den letzten 5 Jahren ununterbrochen nachgekommen
6. Sie sind weder im Ausland noch im Inland in den letzten 10 Jahren zu einer unbedingten Freiheitsstrafe rechtskräftig verurteilt worden. Bei Verurteilungen im Ausland ist massgeblich, ob der betr. Straftatbestand auch in der Schweiz mit einer unbedingten Freiheitsstrafe belegt wäre.

Bei Wegfall einer oder mehrere dieser Voraussetzungen ist das Stimm- und passive Wahlrecht von Amtes wegen zu entziehen und kann frühestens nach Ablauf von 5 Jahren auf schriftliches Gesuch hin wieder erteilt werden.

Nach Ablauf von 5 Jahren seit der Erteilung des Stimmrechts sind die betreffenden Personen von Amtes wegen anzufragen, ob sie sich einbürgern lassen wollen oder nicht. Diese Anfrage ist alle 5 Jahre zu wiederholen.

Die Unterzeichnerinnen bitten die Regierung zu prüfen, welche gesetzlichen Grundlagen wie angepasst werden müssen und wie die Inkraftsetzung dieser Änderungen rechtzeitig zu den Kantonalen Wahlen 2024 realisiert werden kann.

Andrea Elisabeth Knellwolf, Beatrice Isler

8. Anzug betreffend wirkungsvolle Senkung der Regulierungsfolgekosten

19.5496.01

Die 2011 im Rahmen des Standortförderungsgesetzes eingeführte Regulierungsfolgenabschätzung (RFA) hat zum Ziel, das Ausmass von welchem KMU von behördlich verordneten Massnahmen betroffen sind, festzustellen. Entwürfe zu neuen Gesetzen und Verordnungen sowie Änderungen bestehender Gesetze und Verordnungen, von denen Unternehmen und insbesondere KMU betroffen sind, sind von der ausarbeitenden Behörde auf die Notwendigkeit der Regulierung, den volkswirtschaftlichen Nutzen sowie die administrativen und kostenmässigen Auswirkungen auf die Unternehmen allgemein und die KMU im Speziellen zu überprüfen. Das Ziel ist, die Regelungsdichte möglichst gering zu halten, administrative Hindernisse abzubauen und Abläufe nach Möglichkeit zu beschleunigen.

In der Praxis hat sich der erhoffte Effekt der RFA leider nicht eingestellt. Die Resultate der RFA wurden nicht als Handlungsempfehlung- bzw. -anweisung für den Regierungsrat, sondern im besten Fall als Orientierungshilfe, im schlechtesten Fall als notwendiges Übel verstanden. Korrekturmassnahmen erfolgten bei den Geschäften und Berichten bis dato nicht merklich und die Prüfung von Alternativen ist oft nebensächlicher Natur.

Um die fiskalische und administrative Belastung für die KMU-Wirtschaft nicht weiter zu erhöhen oder besser noch zu senken, gilt es daher, die bestehende RFA kritisch zu hinterfragen und alternative Massnahmen zu prüfen. Konkrete Ansätze diesbezüglich gäbe es einige: Zum Beispiel die Regulierungskostenbremse (qualitatives Mehr bei Parlamentsbeschlüssen, welche die KMU-Wirtschaft überproportional belasten) oder das "One-in-one-out"-Prinzip. Hierbei muss für jede neue Regulierung eine alte gestrichen werden. Das Prinzip wird seit 2006 in Deutschland erfolgreich angewendet. Ebenfalls aus Deutschland stammt der Normenkontrollrat. Es handelt sich hierbei um ein verwaltungsunabhängiges Gremium, welches alle neuen, aber auch bestehende Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften ex ante prüft. Seit Einführung dieses Gremiums konnte die Bürokratiekostenbelastung stabilisiert werden.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten:

1. Welche Wirkung die RFA bislang auf das Ziel hatte, bei neuen oder geänderten Gesetzen und Verordnungen die Regulierungsdichte möglichst gering zu halten bzw. die administrative und fiskalische Mehrbelastung für die KMU-Wirtschaft zu minimieren.
2. Ob die bestehende Methodik der RFA zur Erreichung der vorgegebenen Zielsetzung verbessert werden kann.
3. Welche wirkungsvollen Ansätze gegen die steigende administrative und fiskalische Belastung für die KMU-Wirtschaft in anderen Kantonen eingesetzt werden und wie Basel-Stadt von diesen Erfahrungen lernen kann (Benchmarking).
4. Auf welche Weise Ansätze wie die Regulierungskostenbremse, das "One-in-one-out"-Prinzip oder ein Normenkontrollrat auf kantonaler Ebene umgesetzt werden könnten.

Andrea Elisabeth Knellwolf, Luca Urgese, Eduard Rutschmann, Patricia von Falkenstein

Interpellationen**1. Interpellation Nr. 116 betreffend Sonderkommission gegen Linksextremismus**

19.5477.01

Wie im Nachgang zum Buttersäure-Anschlag vom 3. Oktober 2019 auf die Filiale eines Schokoladenherstellers im Clara-Shopping bekannt wurde, sind offenbar Linksextreme für die Tat verantwortlich. Dies nachdem sie sich auf einschlägigen Internetseiten zum Anschlag bekannt haben. Dieser reiht sich ein in eine lange Folge von linksextremen Taten im Kanton Basel-Stadt, wie etwa den berühmt-berüchtigten Saubannerzug durch die Basler Innenstadt im Juni 2016, als etliche Geschäfte massiv beschädigt wurden. Diese grassierende linksextreme Gewalt, die KMU's in der Ausübung ihrer Geschäftstätigkeit hindert, kann nicht länger toleriert werden und muss durch mehr Repression vonseiten der staatlichen Behörden unterbunden werden. Auch die aktuellen Sachbeschädigungen im Wahlkampf, die gezielt aus dem linksextremen Lager auf Plakate verübt werden, sind ein Angriff auf die Demokratie. Um dem Linksextremismus entschieden entgegen treten zu können, ist es insbesondere wichtig, dass die Basler Staatsanwaltschaft linksextreme Gewalt zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit erklärt und gleichzeitig mit genügend Mitteln ausgestattet wird.

In diesem Zusammenhang stelle ich dem Regierungsrat folgende Fragen:

- Wie viele linksextrem motivierte Straftaten gab es bereits im Jahr 2019?
- Wie viele Strafverfahren zu linksextremer Gewalt wurden 2019 eröffnet?
- Gibt es eine Sonderkommission Linksextremismus?
- Falls nein, weshalb nicht?
- Ist die Staatsanwaltschaft bereit, eine Sonderkommission Linksextremismus ins Leben zu rufen?
- Reichen die heutigen Mittel der Staatsanwaltschaft für eine Sonderkommission Linksextremismus aus?

- Gemäss Jahresbericht der Staatsanwaltschaft waren 2018 bis Jahresende 5'980 Verfahren hängig. Wie viele Vollzeitstellen benötigt die Staatsanwaltschaft; um die hängigen Verfahren merklich reduzieren zu können?
 - Wie viele der 5'980 hängigen Verfahren erfüllen den Deliktskatalog der Ausschaffungsinitiative?
- Gianna Hablützel-Bürki

2. Interpellation Nr. 117 betreffend Öffnung des LoRa-Funknetzes der IWB

19.5478.01

Gemäss ihrer Website hat die IWB in den letzten Jahren ein LoRa-Funknetz aufgebaut, das der Übermittlung von Daten dient und «ein Meilenstein auf dem Weg zur Smart City Basel» sein soll. Ein solches Netz wird künftig für ein «Internet der Dinge» benötigt, damit diese Gegenstände kleine Datenmengen miteinander austauschen und damit «smart» agieren können. Leider ist das Funknetz bisher nicht auf OpenSource aufgebaut, so dass andere das Netz nicht nutzen können. Sollte jedoch Basel tatsächlich eine Smart City werden, so ist es dringend notwendig, ein funktionierendes LoRa- Funknetz zur Verfügung zu stellen. Gemäss verschiedenen Medienberichten sind denn auch bereits Private dabei, ein ähnliches Funknetz aufzubauen. Dies kann angesichts der hohen Kosten und der unnötig erhöhten Strahlungswerte durch Mehrfachnetze nicht das Ziel der öffentlichen Hand sein.

Der Regierungsrat ist deshalb gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

- Welche LoRa-Funknetze sind im Kanton Basel-Stadt im Aufbau oder bereits realisiert?
- Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass ein solches Netz der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden sollte?
- Bis wann ist mit einer Öffnung des Netzes der IWB zu rechnen?
- Wäre die IWB bereit, mit den anderen Anbietern zu kooperieren, um ein einziges, dafür aber leistungsstarkes LoRa-Funknetz aufzubauen?

Remo Gallacchi

3. Interpellation Nr. 118 betreffend Praxisassistenten - weshalb ist keine Planungssicherheit machbar?

19.5479.01

Die Praxisassistenten ermöglichen dem Kanton auch in Zukunft genügend HausärztInnen im Kanton zu halten - dies mit der Mitfinanzierung von Assistenzstellen. Die Mitfinanzierung entspringt einem RRB, wird jedoch nur jährlich gesprochen.

Den Leistungserbringern wird somit verunmöglicht, früh- bzw. rechtzeitig Arbeitsverträge mit AssistenzärztInnen abzuschliessen. Eine relevante Anzahl von zukünftigen HausärztInnen entscheiden sich deshalb, die Praxisassistenten in anderen Kantonen zu absolvieren - und bleiben oftmals auch gleich dort.

Die Interpellantin bittet den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob die Praxisassistentenstellen über eine Laufdauer von mehreren Jahren gesprochen/abgeschlossen werden könnten und welche Vor- und Nachteile daraus hervorgehen würden.

Sarah Wyss

4. Interpellation Nr. 119 betreffend Basel pro Klimawissen: Folgen der Fridays for future Demonstrationen

19.5480.01

Nach einem herrlich warmen Sommer existiert die Welt immer noch. Das Wetter hat sich etwas abgekühlt und das Einzige, was sich nachweisbar erwärmt hat, ist das Demonstrationsklima.

Ob, was und wie viel die Friday for Future Demonstrationen bewirken, sei dahingestellt. Zumindest eine klar feststellbare Folge der Klimademonstrationen aber lässt sich identifizieren: es sind Schulstunden ausgefallen. Von Seiten des Erziehungsdepartements und Schulverantwortlichen wird immer wieder betont, dass die verfügbaren Schulstunden mit dem zu unterrichtenden Schulstoff vollständig ausgelastet seien. Es erschliesst sich deshalb nicht, dass auf Unterrichtsstunden und die Vermittlung des verpassten Unterrichtsstoffes verzichtet werden könnte.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Schulstunden sind wegen der bisherigen Klimademonstrationen insgesamt ausgefallen?
 - a. Welche Fächer waren in welchem Umfang betroffen?
 - b. Welche Schulhäuser waren in welchem Umfang betroffen?
2. Ist der Regierungsrat der Meinung, wir könnten uns den Ausfall von Unterrichtsstunden und das damit einhergehende Wissensmanko der Schüler leisten?
 - a. Wenn Ja, wieso?
 - b. Wenn Ja, könnten wir dann nicht konsequenterweise diese Schulstunden ganz ausfallen lassen?
 - c. Wenn Nein: wie und bis wann werden die ausgefallenen Unterrichtsstunden nachgeholt?

3. Während der Klimademonstrationen unterrichten die Lehrer nicht, erbringen also nicht die gesamte Leistung, auf welche ihr Lohn ausgerichtet ist (Unterricht, Vor-/Nachbereitung, Elternkontakte, Berichte, etc.). Welche Folgen haben die Klimademonstrationen auf die Entlohnung der Lehrkräfte?
4. Sieht der Regierungsrat die Notwendigkeit, zukünftige Unterrichtsausfälle nachholen zu lassen?
 - a. Wenn Ja: wie wird er dies konkret umsetzen?
 - b. Wenn Nein: wieso nicht?
5. Welche anderen Auswirkungen der Klimademonstrationen auf den Schulbetrieb sieht der Regierungsrat?
Beat K. Schaller

5. Interpellation Nr. 120 betreffend Neubeurteilung Gateway Basel Nord

19.5492.01

Der Entscheid vom 8. Oktober 2019 des Bundesverwaltungsgerichts, der die Beschwerde von Swissterminal AG gegen die Bundesbeiträge für Gateway Basel Nord gutheisst, wirft Fragen zum Finanzierungskonstrukt, zum Zeitplan und zur generellen Realisierbarkeit der gesamten Hafenprojekte auf. Der Bund hat Investitionsbeiträge von CHF 83 Millionen für die erste Etappe des Gateway Basel Nord in Aussicht gestellt, auch der Kanton Basel-Stadt gedenkt sich mit insgesamt CHF 115 Mio. an den Kosten zur Realisierung des geplanten Hafenbeckens 3 zu beteiligen. Nun hat das Bundesverwaltungsgericht das Geschäft zur Neubeurteilung an das Bundesamt für Verkehr zurückgewiesen. Der Firma Swissterminal AG und allfälligen weiteren Unternehmen, die davon direkt betroffen sind, werden in einem neuen Verfahren die Parteirechte gewährt. Das Bundesamt für Verkehr muss damit das Verfahren neu aufsetzen. Ob dieses dann zu einem anderen Schluss kommt oder nicht, ist natürlich offen. Dennoch ist in Frage gestellt, inwiefern Gateway Basel Nord und insbesondere auch der Bau des Hafenbeckens 3 weiter verfolgt werden können und welche Auswirkungen dieses Urteil auch auf den Zeitplan hat.

Die Interpellantin bittet die Regierung in diesem Zusammenhang um die Beantwortung dieser Fragen:

- Welche Konsequenzen ergeben sich für den Kanton Basel-Stadt aus dem erwähnten Bundesgerichtsurteil vom 8. Oktober 2019?
- Welchen Einfluss hat dieser Entscheid auf den regierungsrätlichen Ratschlag für ein neues Hafenbecken, der aktuell bei der WAK und der UVEK des Grossen Rates beraten wird?
- Hat das Bundesverwaltungsgericht die Finanzierungs-Verfügung des Bundesamtes für Verkehr zugunsten des bimodalen Containerterminals Basel-Nord als nicht rechtens bezeichnet?

Alexandra Dill

6. Interpellation Nr. 121 betreffend der OECD-Steuerreform und den Folgen für den Kanton Basel-Stadt

19.5499.01

Die OECD plant eine Steuerreform. Teil dieser Reform soll auch eine generelle Neuverteilung der Gewinnsteuern zwischen den Sitzländern der Unternehmen und den Absatzländern sein. Die Besteuerung soll neu auch dort erfolgen, wo der Gewinn erzielt wird. Die OECD und die G20-Staaten wollen sich im Januar 2020 auf die Eckwerte einigen, bis Ende des nächsten Jahres soll die Reform zur Gewinnbesteuerung von international tätigen Unternehmen abgeschlossen sein. Verlierer dieser Umverteilung könnten Länder mit starkem Export sein, die zahlreiche Konzernsitze aufweisen, also auch die Schweiz.

In unserem Kanton haben einige exportorientierte international bedeutende Firmen ihren Sitz. Deren Steuerzahlungen haben in den letzten Jahren dazu geführt, dass der Kanton zum Teil sehr hohe Überschüsse in seiner Jahresrechnung ausweisen konnte. Eine Neuregelung wie sie offenbar der OECD vorschwebt, könnte gravierende Auswirkungen auf die Steuereinnahmen der Schweiz und besonders auch auf die Steuereinnahmen des Kantons Basel-Stadt haben. Es gilt - im Rahmen der beschränkten Möglichkeiten unseres Kantons - über den Bund Einfluss zu nehmen, um zu verhindern, dass die Steuereinnahmen von diesen Firmen in Zukunft geringer ausfallen werden. Die Folgen für Basel-Stadt wären verheerend, das sehr hohe Niveau der staatlichen Leistungen könnte nicht gehalten werden, massive Ausgabenreduktionen müssten erfolgen.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat die Befürchtung, wonach die Umsetzung dieser Ideen zu massiven Steuerausfällen für Basel-Stadt führen wird?
2. Hat der Regierungsrat eine Stellungnahme zu den Vorhaben ausgearbeitet?
3. Ist der Regierungsrat beim Bundesrat vorstellig geworden, um die Haltung des Kantons Basel-Stadt gegen solche Änderungen zum Ausdruck zu bringen?
4. Ist der Regierungsrat bereit, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Unternehmen im Kanton Basel-Stadt gegenüber dem Bund die Basler Interessen zu vertreten?
5. Ist der Regierungsrat bereit, dem Grossen Rat über die Weiterentwicklung des OECD-Vorhabens und über die Aktivitäten der Schweiz zur Verhinderung von erheblichen Einnahmen-Verlusten zu berichten?
6. Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass bei tatsächlich resultierenden Steuereinnahmen-Verlusten durch diese Reform die Kantonsausgaben massiv reduziert werden müssten?

Patricia von Falkenstein

7. Interpellation Nr. 122 betreffend Parkplätze neben den Tramgeleisen

19.5505.01

In Basel dürfen in vielen Strassen neben den Tramgeleisen Autos parkiert werden. In einigen Strassen, wie der Bruderholzstrasse, dem Leonhardsgraben oder der Austrasse, beträgt der Abstand zwischen den parkierten Autos und dem Tramgeleise nicht einmal 1 Meter.

Neuere, breitere Autos ragen immer öfter über die Parkfelder hinaus. Hinzu kommt, dass die Rückspiegel, bei den Autos auf Armhöhe bei den Lieferwagen auf Kopfhöhe, den Bewegungsspielraum der Velofahrenden weiter einschränken. Fahren Velofahrende zum Selbstschutz zwischen den Tramgeleisen, werden sie von Autofahrenden von hinten bedrängt, angehupt und mit knappem Abstand überholt.

In der Austrasse haben wir ausserdem die Situation, dass eine Sicherheitslinie den schmalen Strassenraum zusätzlich begrenzt. Diese Linie darf nicht überfahren werden. Deshalb schliessen Autos, Lieferwagen und Lastwagen nahe zu den Velofahrenden auf und überholen sie dann knapp, um die Sicherheitslinie möglichst nicht zu überfahren. Reagieren Velofahrende in dieser Bedrängnis falsch, kommen sie unweigerlich zu Fall. Die parkierten Autos verhindern ein Ausweichen zum Strassenrand oder Trottoir hin.

Eine weitere Gefahr sind sich öffnende Autotüren. Die Unachtsamkeit der Automobilistinnen und -mobilisten führte schon zu Todesfällen unter Velofahrenden. Die Dunkelziffer solcher Unfälle oder Beinaheunfälle ist gross, denn viele werden der Polizei gar nicht gemeldet.

Um einigermaßen sicher zwischen dem Tramgeleise und dem Fahrbahnrand/Trottoir oder parkierten Autos fahren zu können, braucht es einen Abstand von mindestens 2 Metern. Dieses Mass wird bei neuen Strassenumgestaltungen umgesetzt. Wo keine Erneuerungsarbeiten anstehen, bleibt es aber bis auf Weiteres bei den engen Verhältnissen.

Die parkierten Autos in den Tramstrassen gefährden nicht nur die Velofahrenden, sie behindern auch täglich die Tramzüge. Diese werden immer wieder durch einparkende und weggehende Autos aufgehalten, ja vielfach blockiert. Ein permanentes Ärgernis. In der Verfassung gilt das Primat des öffentlichen Verkehrs.

Ich bitte deshalb die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

- In welchen Tramstrassen beträgt der Abstand zwischen Tramgeleise und parkierten Autos oder Trottoirrand nur ca. 1 Meter oder weniger (Angaben je Fahrtrichtung)?
- In welchen Tramstrassen wird das Regelmass von 2 Metern Abstand zwischen Tramgeleise und parkierten Autos oder Trottoirrand unterschritten (Angaben je Fahrtrichtung)?
- Können die Sicherheitslinien in Tramstrassen mit schmalen Abstand zwischen Tramgeleise und Trottoir/parkierten Auto aufgehoben oder durch unterbrochene Leitlinien ersetzt werden, damit Autos die Velofahrenden mit dem empfohlenen Sicherheitsabstand von 1.50 m überholen können?
- Kann die Polizei eine Kampagne durchführen, dass in Tramstrassen mit schmalen Abstand zu den Autos/Fahrbahnrand die Velofahrenden zwischen den Tramgeleisen fahren sollen? Die Kampagne soll auch die Autofahrenden einbeziehen, so dass diese ein besseres Verständnis für das Verhalten der Velofahrenden zeigen.
- Könnten zur Verdeutlichung des Velofahrens zwischen den Geleisen Velopiktogramme aufgemalt sowie Tempo 30 eingeführt werden?
- Ist die Regierung bereit, in den Tramstrassen mit engen Verhältnissen (wie Austrasse, Bruderholzstrasse, Leonhardsgraben) Parkverbote zu signalisieren damit die Sicherheit der Velofahrenden gewährleistet werden kann und das Tram in seiner Priorität Vorfahrt hat, und so nicht permanent von ein- und ausparkenden Autos behindert wird?
- Könnten als Sofortmassnahme zu den Stosszeiten temporäre Haltverbote erlassen werden, wie dies in der Allschwilerstrasse zwischen Ökolampad und Morgartenring, von 6 – 9 Uhr und von 16 – 18 Uhr zur Anwendung kommt?

Jörg Vitelli

8. Interpellation Nr. 123 betreffend Durchsetzung von LKW-Fahrverboten gewährleisten

19.5506.01

Damit die Wohnbevölkerung in Basel von einer möglichst hohen Lebensqualität profitieren kann, werden die Quartiere (siedlungsorientierte Strassen) möglichst von jenem Verkehr entlastet, der über das verkehrsorientierte Strassennetz abgewickelt werden kann. Dies geschieht u.a. durch verkehrslenkende und verkehrsbeschränkende Massnahmen – wie z.B. mit einem LKW-Fahrverbot in einigen Strassen.

So gilt beispielsweise im Dreieck Elsässerstrasse-Hünigerstrasse-Voltastrasse ein LKW-Fahrverbot. Leider sind in jenem Gebiet dennoch weiterhin viele LKW-Fahrten zu verzeichnen. Es ist davon auszugehen, dass die LKW-Fahrer*innen nicht böswillig das Verbot missachten, sondern sich von Norden her kommend dorthin «verirren». Dies

hat sicher auch mit der doppelstöckigen Fahrbahn auf der Dreirosenbrücke zu tun, wo ein Wechsel der Fahrbahn nicht mehr möglich ist, wenn man mal falsch «eingefädelt» ist.

Dass Massnahmen zur Verkehrsentlastung auch wirklich ihre Wirkung haben, muss unbedingt sichergestellt werden.

Die Interpellantin bittet die Regierung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist das Problem, dass im Perimeter Elsässerstrasse-Hünigerstrasse-Voltastrasse trotz LKW-Fahrverbot dennoch täglich viele LKW verkehren, polizeilich und statistisch bekannt und erfasst?
2. Was ist die Strategie, mit der dieses (und andere) LKW-Fahrverbote durchgesetzt werden sollen? Und welche Massnahmen werden ergriffen, wenn es nicht funktioniert?
3. Wie sind die Erfahrungen mit anderen LKW-Fahrverboten in Basler Quartieren? Konnte dort eine konsequente Entlastung erzielt werden?
4. Sieht die Regierung eine Verbesserungsmöglichkeit in der Beschilderung auf der Autobahn oder auf dem kantonalen Strassennetz, so dass – wie oben beschrieben – die LKW nicht irrtümlich in das LKW-Fahrverbot geraten?
5. Gibt es anderes Verbesserungspotenzial zur Durchsetzung der Verkehrsmassnahme?

Lisa Mathys

9. Interpellation Nr. 124 betreffend Logopädie an den Schulen

19.5507.01

Es ist absehbar, dass in Zukunft ein erheblicher Anteil der Logopädie-Pensen im Regelschulbereich nicht besetzt werden kann. Dies aufgrund der Ausbildungssituation, Pensionierungen und generellem Mangel an Fachpersonen. Gerade auch im Frühbereich werden sich Lücken auftun. Das zu erwartende Fehlen von Logopädinnen und Logopäden erhöht die Belastung für die noch zur Verfügung stehenden Fachkräfte. Dies kann zu einer verhängnisvollen Negativspirale führen, indem sich diese überbelasteten Logopädie-Lehrkräften nach anderen attraktiven Stellen umsehen.

Eine weitere Folge: Kliniken erhalten vermehrt Anfragen von Eltern von Regelschulkindern nach teuren Therapieplätzen. Die Pädagogische Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) und die Hochschule für Heilpädagogik (HfH) in Zürich können nur eine beschränkte Anzahl von Studienplätzen anbieten. Die Universität Fribourg verfügt zwar über eine unbeschränkte Anzahl Studienplätze, es ist aber kein berufsbegleitendes Studium möglich. Gemäss des schweizerischen Logopädie-Verbands DLV müssen die Fachhochschulen jährlich etwa 50 am Studium Interessierte abweisen.

Aus finanziellen Gründen haben es die Trägerkantone der FHNW abgelehnt, jährlich einen Ausbildungsgang anzubieten. So kann in der Nordwestschweiz weiter nur alle zwei Jahre ein Studium begonnen werden.

1. Wie viele Logopädie-Stellen sind im Kanton Basel-Stadt im Regelschul-, Sonderschul-, und Frühbereich aktuell nicht besetzt?
2. Wie hat sich die Besetzung der Stellen in den letzten fünf Jahren entwickelt? Und falls diese Zahlen nicht zu eruiieren sind: Wäre der Regierungsrat bereit, verlässliche Zahlen zu erheben, damit der Handlungsbedarf ermittelt werden kann?
3. Welche Gründe sieht der Regierungsrat für den akuten und bevorstehenden Mangel an LogopädInnen?
4. Gibt es eine Warteliste für das Logopädie-Studium an der FHNW und wie viele InteressentInnen mussten in den letzten Jahren abgewiesen werden?
5. Was unternimmt der Regierungsrat, damit genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden können?
6. Können Aussagen dazu gemacht werden, wie viele Kinder aktuell Anspruch auf Logopädie-Unterricht hätten, aber auf einer Warteliste stehen?
7. Welche Sofortmassnahmen zur Entlastung der verbleibenden Logopädielehrpersonen an unterbesetzten Dienststellen sind möglich oder werden künftig in Betracht gezogen?
8. Wie kann die Erfassung und Förderung sprachauffälliger Kinder ohne Logopädie gewährleistet werden?
9. Welche Beratungsdienste und Anlaufstelle können Eltern von Kindern, die aktuell keine Logopädie erhalten, es aber nötig hätten, in Anspruch nehmen?
10. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, die Attraktivität der Anstellungsbedingungen für LogopädInnen zu erhöhen?
11. Unterscheidet sich der Einsatz und die Ressourcen von LogopädInnen in der Stadt von der in der teilautonomen Schulgemeinde Riehen/Bettingen? Wenn ja, wie?

Sasha Mazzotti

10. Interpellation Nr. 125 betreffend Pilotversuch Unterflurcontainer im Bachlettenquartier – Differenz zwischen Grossratsbeschluss und Realität?

19.5508.01

Der Grosse Rat hat im Februar 2019 mit 75 zu 16 Stimmen dem Ratschlag Nr. 18.0875.01 betreffend «Ausgabenbewilligung für Pilotversuch Unterflurcontainer im Bachletten-Quartier (Weiterentwicklung der Abfallentsorgung Stadt Basel)» zugestimmt. Der Pilotversuch im Bachlettenquartier soll gemäss Bau- und Verkehrsdepartement im Jahr 2021 starten und rund ein Jahr dauern. Die Bevölkerung im Quartier wurde an einer Infoveranstaltung bereits über das Projekt informiert. Vor wenigen Tagen wurde nun der gesamten Quartierbevölkerung eine achtseitige Broschüre «Pilotversuch Unterflurcontainer» des Tiefbauamtes zugestellt. Die Broschüre informiert umfangreich über das Projekt und deren Auswirkungen. Jedoch ergeben sich bereits auf den ersten Blick Widersprüche zwischen dem Beschluss des Grossen Rates und einigen Informationen aus der Broschüre, welche nachfolgend herausgeschält werden.

Parkplatzabbau deutlich höher

So wird in der Broschüre erwähnt, dass «... für die Standorte 25 bis 30 Parkplätze aufgehoben werden müssen, da ansonsten im dicht bebauten Quartier nicht genügend Platz vorhanden ist.». Diese Aussage steht im Widerspruch zum Ratschlag. So wird dort unter 5.1.6 «Parkplätze» festgehalten, dass «14 Parkfelder gekürzt und insgesamt acht Parkplätze aufgehoben werden.» Dies ist deutlich weniger, wie jetzt in der Broschüre angekündigt wird.

Leitungen nicht tangiert

Im Bericht wird versprochen, dass die Unterflurcontainer an Orten im Quartier platziert werden, wo «keine Werkleitungen vorhanden sind», um die Kosten möglichst tief zu halten. In der Broschüre steht nun hingegen: «...möglichst keine Notwendigkeit, Leitungen im Untergrund zu verschieben.». Dies ist eine Aufweichung der im Ratschlag festgehaltenen Aussage.

Sackgrösse und Preise bleiben gleich

Betreffend der Sackgrösse hält der Ratschlag fest, dass die «blauen Säcke in bestehenden Grössen von 17 und 35 Litern angeboten werden.» Auch zu den Kosten bleibt der Ratschlag deutlich: «Die Gebühren pro Sack werden wie heute 1.20 bzw. 2.30 Franken betragen». In der Infobroschüre wird hingegen darauf hingewiesen, dass bei «einer flächendeckenden Einführung zusätzlich ein kleiner Sack (8 bis 10 Liter) eingeführt wird.» Betreffend den Preisen wird ausgeführt, dass «die Preise so festgelegt werden, dass sie unabhängig von der Sackgrösse sind». Diese Informationen erscheinen weitergehend wie der Ratschlag zu sein.

In Bezug auf mögliche Einsprachemöglichkeiten nimmt die Broschüre nur rudimentär Bezug. Es wird den Anwohnenden lediglich mitgeteilt, dass «im Rahmen des üblichen Bewilligungsverfahrens Einsprache erhoben werden kann.» Die öffentliche Planaufgabe soll in den nächsten Monaten beginnen. Weitere Informationen, bspw. wo die Unterlagen einsehbar sind, fehlen, obschon diese Angaben sehr relevant sind. Es wird lediglich das Kantonsblatt erwähnt, nicht aber bspw. wie man das Kantonsblatt einsehen kann.

Der Interpellant bittet den Regierungsrat daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Weshalb werden deutlich mehr Parkplätze abgebaut, wie im Ratschlag versprochen wurde?
2. Weshalb sind nun offensichtlich doch Werkleitungen in Einzelfällen vom Pilotprojekt tangiert, obschon dies im Ratschlag noch verneint wurde?
3. Wie sind diese Differenzen zwischen Ratschlag des Regierungsrates und Infobroschüre mit dem Grossratsbeschluss vereinbar, welcher Basis des Handelns sein sollte?
4. Teilt der Regierungsrat die Ansicht des Interpellanten, dass der Grossratsbeschluss mit diesen Änderungen, namentlich in Bezug auf den erheblich grösseren Parkplatzabbau, missachtet und das Parlament übergangen wird? Falls nein, weshalb nicht?
5. Kann der Regierungsrat ausführen, welche weitergehenden Planungen in Bezug auf die Sackgrösse bestehen und auf das Preisniveau? Weshalb wurde dies nicht bereits im Ratschlag ausgeführt?
6. Werden die einzelnen Containerstandorte separat im Kantonsblatt publiziert und somit der Anwohnerschaft ermöglicht, dass gegen jeden einzelnen Standort Einsprache eingereicht werden kann oder handelt es sich um eine Sammelpublikation mit allen Standorten?
7. Wer ist wie und für welche Standorte einspracheberechtigt?
8. Sollte einzeln ausgeschrieben werden und einzelne Einsprachen zu Standorten gutgeheissen werden: Inwiefern wird das Projekt dadurch tangiert/verzögert und die im Ratschlag versprochene Distanz von maximal 100 Metern der einzelnen Standorte noch eingehalten werden können? Ist allenfalls dann das gesamte Projekt abgeblasen, da die im Parlament beschlossenen Parameter nicht mehr erfüllt werden können?
9. Weshalb wird in der Infobroschüre nirgends vermerkt, wo und wie Einsprache gegen die Pläne der Containerstandorte erhoben werden kann und bspw. auch deutlicher auf die Einsicht im Kantonsblatt hingewiesen?
10. Wie viele Anwohner des Quartiers (3'290 Haushalte resp. 6'476 Personen) waren an der Infoveranstaltung anwesend?
11. «Idealerweise», gemäss Ratschlag, hätte das Projekt im Jahr 2020 starten sollen. Nun wird darauf hingewiesen, dass «Ein Beginn vor Mitte des Jahres 2020» nicht realistisch sei, gleichzeitig aber auf der Titelseite auf das Jahr 2021 verwiesen.
Was stimmt nun? Sind durch die Verschiebung, mutmasslich auf das Jahr 2021, Mehrkosten zu erwarten?

12. Ist generell, u.a. durch die o.e. Unstimmigkeiten zwischen Ratschlag und Broschüre, mit Mehrkosten (Beschluss war CHF 1,715 Mio. Franken) zu rechnen?
13. Gibt es weitere Unstimmigkeiten und Ungereimtheiten zwischen Ratschlag und Infobroschüre, welche dem Interpellanten nicht aufgefallen sind?
Joël Thüring

11. Interpellation Nr. 126 betreffend Sanierung Elisabethenkirche

19.5513.01

Den Medien war schon vor längerer Zeit zu entnehmen, dass die Elisabethenkirche baufällig ist. Das Gebäude kann nicht mehr uneingeschränkt genutzt werden. Die Evangelisch-reformierte Kirche als Eigentümerin nutzt die Kirche seit längerer Zeit nicht. Die Räumlichkeiten dienen der Organisation "Offene Kirche Elisabethen" für ihr vielfältiges Angebot.

Offenbar besteht keine Einigkeit hinsichtlich der Renovationsarbeiten und insbesondere der Übernahme der Kosten der dringenden Sanierung. Es scheint mit Blick auf die finanziellen Möglichkeiten der Evangelisch-reformierten Kirche Basel-Stadt nicht möglich, dass diese Institution einen wesentlichen Beitrag zur Sanierung wird beisteuern können.

Es besteht Handlungsbedarf, auch weil vom Bauwerk eine Gefahr für die Öffentlichkeit ausgehen könnte. Abreissen kann man dieses Bauwerk nicht. Die Eigentümerin ist nicht in der Lage, die Sanierung zu finanzieren, auch nicht teilweise. Die Organisation, welche auf der Basis der letztwilligen Verfügung des Bauherrn existiert, scheint sich nicht verantwortlich zu fühlen. Der Kanton fordert - gemäss einem Zeitungsbericht - eine Summe von der Evangelisch-reformierten Kirche, welche deren Möglichkeiten bei weitem übersteigt.

Der Kanton, welcher dieses Bauwerk unter Schutz gestellt hat, muss ein Interesse am Weiterbestand haben. Die Christoph Merian Stiftung, deren Stifter das Bauwerk errichten liess und dessen Grab sich in der Kirche befindet, steht in einer moralischen Verpflichtung, Mittel für den Unterhalt beizusteuern.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Erachtet es der Regierungsrat als notwendig, dass die Elisabethenkirche umfassend baulich saniert wird?
2. Geht vom aktuellen Zustand des Bauwerks eine Gefahr für Besucherinnen und Besucher der Kirche oder für Passantinnen und Passanten aus?
3. Besteht seitens des Regierungsrats Bereitschaft, das Bauwerk zu erhalten?
4. Kann der Regierungsrat nachempfinden, dass die Evangelisch-reformierte Kirche die spärlichen ihr verbleibenden Mittel für soziale und seelsorgerische Aufgaben und nicht für den Erhalt eines nicht benutzten Bauwerks einsetzen möchte?
5. Ist der Regierungsrat bereit, in Zusammenarbeit mit der Christoph Merlan Stiftung ein Gesamtkonzept zur Sanierung auszuarbeiten?
6. Ist der Regierungsrat bereit, die Kosten für die Sanierungsarbeiten zusammen mit der Christoph Merlan Stiftung vollumfänglich zu übernehmen?
7. Was gedenkt der Regierungsrat zu tun, falls die bisherige Eigentümerschaft mit Blick auf die gegebene Situation ihr Eigentumsrecht aufgibt?

Catherine Alioth

12. Interpellation Nr. 127 betreffend JSD Ausschreibung Beschaffung Lebensmittel

19.5514.01

Dem Kantonsblatt vom 23. Oktober 2019 konnte man entnehmen, dass das JSD für die Beschaffung von Lebensmitteln auf der Suche nach einem neuen Lieferanten oder einer neuen Lieferantin ist. Offensichtlich soll die heute grosse Anzahl verschiedener Zulieferer reduziert und die Beschaffung zentralisiert werden. Ins Auge sticht, dass das Zuschlagskriterium Preis mit 100% gewichtet wird.

Auf Bundesebene wurde im Frühsommer dieses Jahres die Totalrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB) vom Parlament einstimmig verabschiedet. Ein Hauptziel bei der Revision war, die Beschaffungsordnungen von Bund und Kantonen einander soweit möglich und sinnvoll anzugleichen. Weiter wurde mit der Revision des BöB auch die Nachhaltigkeit als Gesetzesziel verankert. Neu orientiert sich das Gesetz nicht mehr nur an der Wirtschaftlichkeit, sondern an sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit. Weiter sind die Zuschlagskriterien mit mehreren Qualitätsaspekten ergänzt worden. Zudem soll in Zukunft nicht mehr das «günstigste», sondern das «vorteilhafteste» Angebot den Zuschlag erhalten.

Die revidierte, interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (iVöB) soll bis Ende November dieses Jahres ebenfalls vorliegen.

In diesem Zusammenhang bittet die Interpellantin die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Stimmt die Vermutung, dass die heutige Beschaffung der Lebensmittel für das JSD zentralisiert werden soll? Falls ja, was sind die Gründe für diesen Entscheid?

2. Stimmt die Vermutung, dass die heutigen Lieferanten*innen aus der Region stammen? Die Interpellantin bittet um eine Auflistung der bisherigen Lieferanten*innen, inkl. deren Standort.
3. Inwiefern kommt es, gemäss Einschätzung der Regierung infolge dieser Zentralisierung zu einer Reduktion von Lebensmitteln aus regionaler Produktion?
4. Wie stellt sich die Regierung – auch vor dem Hintergrund der oben erwähnten Revision des BöB – dazu, dass bei der Ausschreibung einzig der Preis als Zuschlagskriterium genannt wird und keine Vorgaben bezüglich Qualität und Herkunft der Lebensmittel gemacht wird?
5. Inwiefern wurde die kantonale Fachstelle für öffentliche Beschaffung (kFöB) in das Ausschreibungsverfahren miteinbezogen, bzw. welche Anregungen wurden von ihr ggf. gemacht und wie wurden diese vom JSD berücksichtigt?
6. Inwiefern teilt die Regierung die Ansicht, dass der Kanton mit seinem enormen Beschaffungsvolumen und entsprechend grosser Hebelwirkung hinsichtlich einer nachhaltigen Beschaffung Verantwortung übernehmen muss und ihm diesbezüglich auch eine Vorbildrolle zukommt?

Barbara Wegmann

13. Interpellation Nr. 128 betreffend Grünflächenunterhalt Friedhof Hörnli

19.5515.01

Dem Amtsblatt vom 6.11.2019 ist eine Ausschreibung betreffend Grünflächenunterhalt Friedhof Hörnli zu entnehmen, bei der die Gewichtung des Zuschlags zu 100% beim Preis liegt.

Die Interpellantin ist erstaunt über diese Ausschreibung, da es sich beim Auftrag um klassische Aufgaben der Stadtgärtnerei handelt.

Zudem erstaunt die Tatsache, dass die Gewichtung des BVD für den Zuschlag einmal mehr zu 100% auf dem Preis liegt. Dies obwohl das BVD in der Vergangenheit offensichtlich mit dieser Strategie schlechte Erfahrungen (Verweis auf diverse Bauaufträge, Bekleidung Stadtreinigung, etc) gemacht hat.

Daher bittet die Interpellantin um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wieso werden klassische Aufgaben der Stadtgärtnerei ausgeschrieben?
2. Handelt es sich hierbei um einen Strategiewechsel zur vermehrten Auslagerung von heute durch den Kanton erbrachte Leistungen an Private? Kann der Regierungsrat die Strategie hinter dieser Ausschreibung bitte ausführen?
3. Werden bei der Stadtgärtnerei Stellenprozente eingespart durch die Auslagerung?
4. Wie ordnet das BVD die Auslagerung von Aufgaben der Stadtreinigung betreffend parlamentarischen Willen zur Wiedereinlagerung des Reinigungspersonals (Motion Wyss) ein?
5. Wieso liegt die Gewichtung erneut 100% beim Preis?
6. Wie ordnet das BVD diese Gewichtung betreffend Anzug Wyss und Gander betreffend bessere Submissionsverfahren ein?
7. Wie schliesst das BVD so das Risiko von unzufriedenstellenden Leistungen, wie bereits früher geschehen, aus?

Toya Krummenacher

14. Interpellation Nr. 129 betreffend Stauseeprojekt der KWO in der Trift, Berner Oberland

19.5516.01

Die Trift ist eine praktisch unberührte Gebirgslandschaft im Berner Oberland und den unmittelbar angrenzenden BLN-Gebieten "Berner Hochalpen" und "Rhonegletscher" ebenbürtig. Sie umfasst wild schäumende Bachläufe, Schluchten, Alpwiesen, schroffe Felsen, Wald, einen natürlichen See und ein frisches, dynamisches Gletschervorfeld. Nun planen die Kraftwerke Oberhasli KWO in der Trift den Bau eines neuen Stausees. Erstmals seit über dreissig Jahren würde damit in der Schweiz wieder ein grosses Gebirgstal unter Wasser gesetzt. Gegen den Bau des Trift-Stausees haben unabhängige Einzelpersonen diesen Sommer das Trift-Komitee mit dem Ziel gegründet, diese Gebirgslandschaft in ihrer Ursprünglichkeit zu erhalten.

Die IWB und damit unser Kanton sind, wie auch die Städte Bern und Zürich, an der KWO beteiligt. Sie besitzt somit eine Mitverantwortung für die Strategie der KWO und deren Projekte. Basel-Stadt ist dabei im Verwaltungsrat mit Regierungsrat Christoph Brutschin und Martin Eschle, Geschäftsleitungsmitglied der IWB und Vizepräsident der KWO, vertreten.

In diesem Zusammenhang bitte ich die Regierung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Strategie verfolgt die Regierung grundsätzlich mit ihrer Beteiligung (einem Sechstel) an den Kraftwerken Oberhasli?
Verfügt unser Kanton über entsprechende Dokumente, die er der Öffentlichkeit zugänglich machen kann?
Wird der für unsere Bevölkerung wichtige Aspekt des Landschaftsschutzes darin berücksichtigt?

2. Erachtet es die Regierung als wirtschaftlich sinnvoll, in ein Stauseeprojekt zu investieren, bei dem die Gestehungskosten bei 13 Rp./kWh liegen werden, wenn mit der gleichen Investition in Photovoltaik rund doppelt so viel Strom produziert werden könnte?
Wieso liegt angesichts dieser Ausgangslage der Fokus nicht verstärkt auf dem Ausbau der Photovoltaik?
3. Wie schätzt die Regierung das Risiko einer solch hohen Investition im Hinblick darauf ein, dass die Preisentwicklung bei den neuen erneuerbaren Energien degressiv ist?
4. Das Trift-Projekt setzt einseitig auf die Elektrifizierung im Rahmen der Energiestrategie 2050. Die 200 GWh Winterstrom, die durch den neuen Stausee produziert würden, entsprechen aber weniger als 1% des zu ersetzenden Atomstromes. Wie steht die Regierung zur Herausforderung der zukünftigen Energiespeicherung (in Zusammenhang mit dem AKW-Ausstieg und Netto-Null CO² bis 2030)?
Welche Gründe sprechen aus Sicht der Regierung dafür Stauseen wie in der Trift zu planen, bevor natur- und landschaftsverträgliche Alternativen für die Energiespeicherung fundiert geprüft worden sind?
5. Welche Haltung vertritt die Regierung grundsätzlich bezüglich der mit einem Stauseeprojekt wie jenem in der Trift verbundenen Umweltzerstörung?
Wurden beim Projekt Trift genaue Analysen von Energienutzen und Naturzerstörung erstellt und abgewogen?
Wenn nein, ist die Regierung bereit diese Fragen untersuchen zu lassen bzw. sich im Verwaltungsrat der KWO hierfür einzusetzen?
6. Wie beurteilt die Regierung im Hinblick auf ein solches Engagement die Problematik des Wasserzinses?
Ist unser Kanton als ProduzentIn an einem möglichst tiefen Zins interessiert?
Wie gedenkt sich die Regierung in der Frage der Neukonzessionierungen zu verhalten?

Eine entsprechende Anfrage wurde bereits in der Stadt Zürich eingereicht.

Thomas Grossenbacher

Schriftliche Anfragen

1. Schriftliche Anfrage betreffend Schulraumplanung Basel West

19.5509.01

Die Anzahl einzuschulender Kinder in Basel West wird in den kommenden Jahren deutlich anwachsen. Im Bau befinden sich aktuell beispielsweise 500 Genossenschaftswohnungen beim Felix Platter-Spital und 126 Genossenschaftswohnungen an der Waldighoferstrasse-Burgfelderstrasse. Die steigenden Zahlen weist der Regierungsrat auch in den Antworten auf die schriftlichen Anfragen von Franziska Roth betreffend «genug Schulraum für unsere Kinder» und von Beatrice Messerli betreffend «droht Knappheit von Schulraum in Basel West für Kindergärten und Primarschulen?» aus.

Während am Wasgenring ein Neubau erstellt wird, sind an der Primarstufe Isaak Iselin mehrere Fragen zur Schulraumplanung offen. Die vorhandenen Unterrichtsräume lassen keinen Spielraum für Entwicklungen zu und es besteht in vielerlei Hinsicht Erneuerungsbedarf. Zudem stellen sich bei den Räumlichkeiten der Tagesstrukturen quantitative und qualitative Probleme. So sind nur teilweise Grünflächen vorhanden.

Um genügend Kapazitäten fürs Quartier in der richtigen Qualität zu sichern, könnte am Standort Isaak Iselin ein Ersatzneubau an Stelle des energetisch ungenügenden Gebäudes von 1937 realisiert werden. Dabei bestünde die Möglichkeit, ein Ausbau der Primarstufe auf fünf Klassen pro Jahrgang zu realisieren. Gemäss aktueller Planung des Erziehungsdepartements ist aber kein Ersatzbau vorgesehen.

Ich bitte den Regierungsrat angesichts dieser Ausgangslage um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie gross sind die bestehenden Kapazitäten in den Primarschulen in Basel West und wie viel zusätzliche Schülerinnen und Schüler können aufgenommen werden?
2. Unter welchen Annahmen wäre eine Planung mit fünf Klassen pro Jahrgang an der Primarstufe Isaak Iselin für den Regierungsrat angebracht?
3. Wie lange würde es dauern, entsprechende Baumassnahmen am Schulstandort umzusetzen?
4. Ist der Regierungsrat bereit, einen Ersatzneubau des Gebäudes von 1937 an der Ecke Burgfelderstrasse/Strassburgerallee zu prüfen?
5. Wie können die Kapazitäten in der Tagesstruktur Isaak Iselin bereits kurzfristig ausgebaut werden?
6. Sind kurzfristige Massnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur am Standort Isaak Iselin möglich?

Claudio Miozzari

2. Schriftliche Anfrage betreffend Kosten des Konferenzföderalismus

19.5523.01

In der Schweiz weitet sich der Konferenzföderalismus auf Regierungs- und Verwaltungsseite aus. Dessen Kosten

sind in Budget und Rechnung verteilt und nicht separat ausgewiesen. Eine Gesamtsumme kann nicht nachvollzogen werden. Zudem fliessen diese Beiträge nicht zwingend direkt zu diesen Einrichtungen oder Konferenzen, sondern über eine dritte Einrichtung. So werden z.B. die Konferenz der Kantone KdK wie auch das Haus der Kantone über die «ch-Stiftung für eidgenössischen Zusammenarbeit» finanziert.

Der Kanton Basel-Stadt trägt grundsätzlich einen hohen Anteil der Beiträge an diese Konferenzen, leistet aber auch einen hohen Verwaltungsaufwand. In Anbetracht der knapp 176 Mio. Franken die seitens des Kantons Basel-Stadt in den NFA fliessen, interessiert, welche Kosten unserer beim Konferenzföderalismus tragen muss.

Der Regierungsrat soll deshalb darlegen, was der Konferenzföderalismus der Regierung und Verwaltung die Steuerzahler kostet. Dabei sind einerseits die direkten Beiträge an die Einrichtungen der Konferenzen und ihrer Verwaltungen oder Sekretariaten aufzulisten, andererseits die indirekten Beiträge oder Aufwendungen (Arbeitsstunden oder Verwaltungsgebühren), wie bspw. Vorbereitung der Konferenzen, durch die Verwaltung auszuweisen. Des Weiteren sind die Finanzierungskanäle darzulegen, wie die einzelnen Konferenzen, ihre Verwaltungen und Sekretariate sowie die daraus resultierenden Projekte finanziert werden. Dabei ist aufzuzeigen, warum die «ch-Stiftung für eidgenössischen Zusammenarbeit» sowohl die KdK und ihre Seminare als auch das Haus der Kantone finanziert und wie diese Stiftung ihren Zweck weitergehend erfüllt.

Ich ersuche den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen samt entsprechender Begründung für die jeweiligen Ausgaben:

1. Welche Beiträge zahlt der Regierungsrat an die KdK, «ch-Stiftung» und alle Fachdirektorenkonferenzen sowie deren Unterkonferenzen?
2. Wie viele Stunden Sitzungen, inkl. Retraiten, Seminare etc., verbringen die Regierungsmitglieder in diesen Konferenzen? Und welche Aufwendungen (in Stunden) tätigt die Verwaltung zur Vorbereitung dieser Konferenzen?
3. Welche Beiträge zahlt der Kanton Basel-Stadt für die den Fachdirektorenkonferenzen vorgelagerten «Chefbeamten»-Konferenzen?
4. Wie viele Stunden Sitzungen wenden die Vertretungen des Kantons Basel-Stadt für diese «Chefbeamten»-Konferenzen auf und welche Kosten entstehen daraus?
5. Welche weiteren Zahlungen entrichtet der Kanton Basel-Stadt für die Sekretariate und Verwaltungen dieser Regierungs- und Verwaltungskonferenzen?
6. Was ist die Gesamtsumme dieser Ausgaben?
7. Ein gleichlautender Vorstoss wurde im Kanton Zürich durch Kantonsrätin Esther Guyer (Präsidentin Fraktion der Grünen) eingereicht.

Joël Thüring